

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

23. Sitzung
22. Juni 2023

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.35 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1007
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Lehrkräftebildungsgesetzes**

[0177](#)
BildJugFam

– Vorabüberweisung –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0155](#)
Aktueller Lehrkräftebedarf und akute Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0148](#)
Drucksache 19/0894 BildJugFam
Lehrkräftebildung an den Berliner Hochschulen stärken! Haupt
WissForsch(f)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0175](#)
Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – Jährlicher Bericht – (Rote Nummer 0996) BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0176](#)
Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 B) BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße in diesem Zusammenhang sehr herzlich Herrn Tom Erdmann, Vorsitzender des Landesverbands Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Herzlich willkommen, Herr Erdmann! Ich begrüße Frau Karina Jehnicke, Schulleiterin der Christian-Morgenstern-Grundschule. Ihnen ein herzliches Willkommen! Ich begrüße ebenfalls Herrn Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Herzlich willkommen! Ich begrüße auch Herrn Hartmut Schurig, Personalratsvorsitzender der allgemeinbildenden Schulen der Region Marzahn-Hellersdorf. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Und ich begrüße Herrn Sven Zimmerschied, Vorsitzender der Vereinigung der Berliner Integrierte-Sekundarschulen-Schulleiterinnen und -Schulleiter – BISSS – und Schulleiter der Friedensburg-Oberschule in Berlin. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Ich gehe davon aus, dass nach § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses die Anfertigung eines Wortprotokolls beantragt wird. – Ich sehe nickende Zustimmung. Dann werden wir entsprechend so verfahren.

Wir machen weiter mit der Begründung des Besprechungsbedarfs zu den Punkten 3 a, 3 c und 3 d durch die antragstellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und/oder Die Linke. Ich habe erfahren, dass Herr Krüger die Begründung vornimmt. – Bitte sehr, Herr Krüger!

Louis Krüger (GRÜNE): Genau, zumindest für TOP 3 a, dann wird die Kollegin einspringen. – Der Lehrkräftebedarf ist das aktuelle Thema in der Berliner Bildungspolitik, aber auch bundesweit. Alle Bundesländer ächzen unter dem Lehrkräftemangel und schauen, wie sie mehr Lehrkräfte gewinnen können, denn fehlende Lehrkräfte haben eine gravierende Auswirkung auf die Begleitung von Schülerinnen beim Lernen und beim Erwachsenwerden, aber auch auf die Qualität der Schule. Ohne die Lehrkräfte geht nichts. Nachdem in diesem Jahr bereits 1 000 Lehrkräfte im Berliner Schuldienst gefehlt haben, werden es im nächsten Jahr rund 1 500 sein, mittelfristig sind es bis zu 2 500 Lehrkräfte, die uns fehlen werden. Deswegen wollen wir uns heute der Frage widmen, wie mit diesem Mangel umgegangen werden kann, einerseits natürlich kurzfristig, akut, aber auch mittelfristig über das Instrument der Lehrkräftebildung, um irgendwann aus dieser Mangelsituation wieder herauszukommen.

Ich freue mich, dass wir eine sehr bunte Runde an Anzuhörenden haben, die uns aus verschiedenen Perspektiven heraus beraten werden, wie wir akut, aber auch mittelfristig mit diesem Lehrkräftebedarf und dem Lehrkräftemangel umgehen, um die Versorgung und Begleitung der Berliner Schülerinnen in den Schulen bestmöglich sicherzustellen, trotz der aktuellen Situation.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann macht Frau Brychey weiter. – Bitte sehr!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde jetzt die Tagesordnungspunkte 3 c und 3 d begründen und unseren Antrag kurz einführen. Die Senatorin hat schon berichtet, dass wir zum kommenden Schuljahr ein Lehrkräftefehl von circa 1 500 Lehrkräften haben werden. Die Stellen können dann nicht besetzt werden. Uns liegt die Lehrkräftebedarfsplanung vor, die zeigt, dass sich dieser Fehl ab dem Schuljahr 2026/2027 sogar noch auf 2 500 Vollzeiteinheiten vergrößert. Wir wollen natürlich mitdiskutieren, dass die Prognose, die wir vorliegen haben, zum Beispiel den Bedarf an den freien Schulen oder die schon umgewandelten Lehrkräftestellen nicht berücksichtigt.

Wir haben unter TOP 3 d noch mal die rote Nummer zu den Absolventinnen der Lehramtsstudiengänge vorliegen, wo wir leider das traurige Bild haben, dass wir unter 1 000 Absolventinnen jährlich haben, jetzt aber in den Hochschulverträgen über die Weichenstellungen für die Zukunft verhandeln, nämlich einerseits über den Bedarf – Wie viele Absolventinnen soll es zukünftig geben? – und über die Finanzmittel.

Das ist etwas, wo ich gleich mit unserem Antrag anschließen würde. Wenn wir die Lehrkräftebedarfsprognose lesen, ist sehr deutlich, dass wir pro Jahr zukünftig mindestens 3 000 Absolventinnen benötigen und deutlich darüber einstellen müssen. Für uns ist es wichtig, dass diese Lehrkräftebedarfsprognose gut aufgestellt wird, dass hier eine Differenzierung nach Fächern und Lehramt vorgenommen wird und wir die pädagogischen Verbesserungen, die wir jetzt schon absehen können, die schon beschlossen sind, in den zukünftigen Lehrkräftebedarf mit einfließen lassen. Denn es ist völlig klar, dass zum Beispiel die Inklusion ein wichtiges Thema sein wird. Das wird natürlich einen weiteren Lehrkräftebedarf nach sich

ziehen. Unsere Position ist hier, dass wir mindestens 3 000 Absolventinnen brauchen und dass wir jetzt in den Hochschulverträgen, die ab dem nächsten Jahr laufen werden, von 2024 bis 2028 genau diese Zielzahl als Ziel verankern müssen. Gleichzeitig müssen wir die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Wir haben im Wissenschaftsausschuss parallel dazu getagt, vor anderthalb Wochen am Montag, wo auch deutlich geworden ist: Die 17 Millionen Euro jährlich, die die alte Koalition noch eingestellt hat, reichen nicht aus, sondern es gibt weitere Bedarfe, insbesondere auch räumliche Bedarfe, und auch einen Aufwuchs, der notwendig ist, damit diese Zielzahlen erreichbar sind. Die Unipräsidenten haben aber auch klar gesagt, dass es möglich ist, das zu erreichen. Das heißt, das ist kein unrealistisches Ziel.

Vielleicht noch eine kleine Ergänzung, Stichwort multiprofessionelle Teams: Wir brauchen natürlich auch Kindheitspädagoginnen und -pädagogen und Sozialpädagoginnen und -pädagogen. Dazu liegt uns bis jetzt keine Prognose vor. Es ist Teil unseres Antrags, dass es auch hierzu Prognosezahlen geben muss. Denn es ist völlig klar: Bei multiprofessionellen Teams müssen wir die entsprechenden Professionen an den Hochschulen ebenfalls ausbilden. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke für die entsprechenden Begründungen! – Dann starten wir mit der Anhörung und würden in alphabetischer Reihenfolge mit Herrn Erdmann beginnen. – Bitte sehr!

Tom Erdmann (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW – Landesverband Berlin; Vorsitzender): Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Vorsitzende! Herzlichen Dank für die Einladung! Berlin braucht immer mehr Lehrkräfte, und wir erleben gerade die dramatischste Situation seit Jahrzehnten. Wir alle haben den Bericht zur Lehrkräftebedarfsplanung gesehen und gelesen. Demnach ist mit jeder Prognose der Einstellungsbedarf noch mal größer geworden. Im Mai 2022 hieß es noch, dass wir im Zeitraum 2023 bis 2029 etwa 28 600 Vollzeiteinstellungen, Vollzeitlehrkräfte, brauchen, und ein Jahr später sieht der Bedarf für denselben Zeitraum 37 600 Vollzeitlehrkräfte vor. Innerhalb eines Jahres ist der Bedarf für den Zeitraum also um 9 000 gestiegen. Gleichzeitig rechnet die Bildungsverwaltung, wie wir gerade gehört haben, damit, dass die Zahl der unbesetzten Stellen von aktuell 1 500 auf dann 2 500 im Schuljahr 2030 steigt. Die Aufschlüsselung von den 4 000 Personen, die jetzt gerade eingestellt werden, nach den einzelnen Professionen erspare ich uns aus Zeitgründen. Die größte Gruppe der eingestellten Lehrkräfte sind die LovLs, also die Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung. Angesichts dieses Lehrkräftemangels sind die Bildungschancen einer ganzen Generation von Schülerinnen und Schülern in Gefahr.

Die Ursachen sind so klar und einfach wie erdrückend. Wie alle anderen Bundesländer auch bildet Berlin einfach zu wenig Lehrkräfte aus. Trotz des Ausbaus von Studienplätzen studieren immer noch weniger als 1 000 Absolventinnen und Absolventen im Master of Education, und das Referendariat beginnen in Berlin nur etwa 900 Personen. Es gibt auch einen deutlichen Rückgang von Bewerberinnen und Bewerbern aus anderen Bundesländern. Auch die Verbeamtung zeigt nicht die erhofften oder überhaupt keine Klebeeffekte beziehungsweise Gewinnungseffekte aus anderen Bundesländern.

Was muss getan werden? – Klar ist, dass die Lehrkräftebildung auf allen Ebenen und in allen Phasen deutlich gestärkt und ausfinanziert werden muss. Wir stehen leider erst jetzt vor den Verhandlungen über die Hochschulverträge. Es braucht eine dauerhafte und finanzielle Absi-

cherung des schon beschlossenen Ausbaus und eine weitere Erhöhung der Kapazität für mindestens 3 000 Absolventinnen und Absolventen pro Jahr. Das muss auch mit einem Sonderetatbestand in den Hochschulverträgen abgesichert werden, zusätzlich zu dem geplanten Fünfprozentaufwuchs. Wir müssen von diesen befristeten Sonderprogrammen wegkommen; ein weiterer und dauerhafter Ausbau von Q-Master-Studiengängen ist dringend notwendig.

Als ein Nadelöhr hat sich das Praxissemester herausgestellt. Unsere Zahlen, die wir aus der Humboldt-Uni bekommen, zeigen aktuell sogar einen Rückgang der Anmeldezahlen für das Praxissemester. Die Studierenden, die bei uns in der Beratung anfragen, geben immer häufiger an, dass das Programm im Praxissemester so eng getaktet ist, dass sie gar keine Chance haben, nebenbei noch Geld zu verdienen, also zu arbeiten. Sie schieben also das Praxissemester immer weiter vor sich her und werden dann immer später fertig, weil irgendjemand ihre Miete zahlen und für sie einkaufen gehen muss – hoffentlich sie selber. Es ist daher dringend notwendig, dass diese Kolleginnen und Kollegen finanziell unterstützt werden. Deswegen fordern wir ein Stipendium in Höhe von 500 Euro für Studierende im Masterstudium.

Auch das Referendariat muss attraktiver werden. Unsere Mitglieder berichten uns, dass sie sich zwar freuen, wenn sie an ihrer Wunschschule einen Referendariatsplatz bekommen, aber mit ihren 1 600 Euro Anwärterbezügen können sie in Berlin keine Wohnung und oft nicht mal ein WG-Zimmer finanzieren. Auch hier halten wir einen Zuschlag zu den regulären Anwärterbezügen von 500 Euro für dringend notwendig. Selbst mit den Anwärterbezügen plus diesem Aufschlag sind wir am Ende nur in der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns angekommen.

Beim Quereinstieg sind die Zahlen auch weiter rückläufig. Die Ursache ist nicht nur der leergefegte Markt, sondern auch eine mangelnde Attraktivität. Ein akutes Problem ist, dass für das Lehramt ISS und Gymnasium die berufsbegleitenden Studien in Physik, WAT und seit Neuestem auch Informatik nur alle zwei Jahre beginnen. Das heißt, für Informatik und WAT kann man sich erst wieder im Sommer 2025 bewerben. Viele Quereinsteigende wurden mit der Zulage zur Stufe 5 nach Berlin gelockt, die es jetzt nicht mehr gibt. Bis Anfang dieser Woche wurde aber sogar noch auf der Talente-Webseite des Senats mit dieser Zulage zur Stufe 5 geworben. Vor diesem Hintergrund müssen alle Bindungs- und Rückzahlungsklauseln abgeschafft werden.

Zur Gruppe der LovLs, der Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung: Die müssen am Ende eine Chance haben, so ausgebildet zu werden, dass sie eine volle Lehramtsbefähigung haben. Die seit Januar 2023 bestehende interne Stellungsausschreibung zur Entfristung von LovLs nach der dreijährigen Berufserfahrung ist ein erster wichtiger Schritt, aber es braucht auch bezahlte Ermäßigungsstunden für Lehrkräfte, die ein Q-Masterstudium absolvieren.

Ich will noch kurz etwas zu den ausländischen Lehrkräften sagen. Ein wichtiger Schritt ist, dass seit Januar auf Antrag Berufserfahrung als Ausgleich für Ausbildungsunterschiede anerkannt werden kann. Die größte Hürde für diese Kolleginnen und Kollegen ist es aber nach wie vor, ein Fach an einer Berliner Uni nachzustudieren. Es braucht ein Mentoringprogramm für diese Kolleginnen und Kollegen. Auch die Gebühren für das Anerkennungsverfahren von derzeit 220 Euro müssen erlassen werden. – Das vielleicht erst mal von mir. Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Erdmann! – Dann freuen wir uns auf die Stellungnahme von Frau Jehniche. – Bitte sehr!

Karina Jehniche (Christian-Morgenstern-Grundschule; Schulleiterin): Guten Tag! Auch ich danke noch mal für die Einladung. Ich bin auch Vorsitzende des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen, hier möchte ich aber hauptsächlich als Schulleiterin der Christian-Morgenstern-Grundschule sprechen, die ich im Februar 2015 übernommen habe. Das ist eine Schule, die in einem klassischen Brennpunktgebiet in Berlin liegt, mit allen sozialen Herausforderungen, die es dort gibt. Als ich diese Schule im Februar 2015 übernahm, nachdem ich 20 Jahre in Marzahn-Hellersdorf auch in einer Leitungsfunktion war und dort die Schule verlassen habe, auch schon mit einer unbesetzten Lehrerstelle – das war eine, auch da haben wir im Jahr davor, 2014/2015, schon händierend eine Lehrkraft gesucht, die wir nicht gefunden haben; das war in Marzahn-Hellersdorf, einem weiteren Randbezirk, wie jetzt Spandau –, war der Lehrkräftemangel schon da.

Diese Schule habe ich im Februar 2015 mit fünf unbesetzten Stellen übernommen. Nun kann man sich fragen: Wie kann eine Schule eigentlich überhaupt funktionieren, wenn fünf Lehrkräftestellen nicht besetzt sind? – Es ist eben so: Die Schule hat zu dem Regelstundenbedarf, den man als Schule hat, noch eine erhebliche zusätzliche Stundenausstattung mit Lehrerstunden, weil die Bedarfe der Kinder so groß sind. Es gibt einen Sprachförderbedarf, und diese Schule hatte schon immer zwischen 70 und 100 Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf. Da stehen viele zusätzliche Stunden zur Verfügung. Die Regelstunden, die mir zur Verfügung stehen, konnte ich in all den Jahren ab dem Schuljahr 2015/2016 immer besetzen, aber alles, was an zusätzlichen Förderbedarfen, Förderstunden, Sprachförderstunden für diese Kinder, damit sie sich gut entwickeln können und eine erfolgreiche Schullaufbahn absolvieren können, damit sie erfolgreich lernen können, nötig war, musste ich in all den Jahren an dieser Schule kürzen, von Anfang an, seitdem ich diese Schule übernahm. Das war davor auch schon nicht anders.

Diese Situation verschärft sich jetzt natürlich noch mehr. Ich kann kurz die Zusammensetzung meiner Schülerschaft im Moment schildern, damit Sie mal ein praktisches Beispiel haben. An meiner Schule werden mit dem Schuljahr 2023/2024 rund 620 Schülerinnen und Schüler lernen, in 25 verschiedenen Klassen. Alle Klassen an dieser Grundschule sind mit 23 bis 28 Schülerinnen und Schülern besetzt. Ich habe immer rund 75 Prozent an Elternhäusern, die von Transferleistungen leben. Ich habe zu rund 90 Prozent Familien, die eine Migrationsgeschichte haben. Dabei ist noch ein erheblicher Teil Familien, die keinen deutschen Pass haben. In diesen Familien spielt die deutsche Sprache keine oder nur eine sehr geringe Rolle. Häufig ist es so, dass der einzige Bezug zur Gesellschaft über die Schule läuft.

Wie gesagt, ich kann den Regelstundenbedarf an meiner Schule abdecken, aber alles das, was die Kinder zum erfolgreichen Lernen brauchen, kann ich nicht mehr leisten. Die konkreten Zahlen für das nächste Jahr sehen so aus: Ich starte mit einer Ausstattung von 87,6 Prozent, das heißt, mir fehlen 147,5 Stunden, das sind rund fünf Lehrstellen, die ich nicht besetzen kann. Ich habe natürlich an allen Castings, Nachrückercastings und was auch immer es an Angeboten für die Einstellung von Lehrkräften, Quereinsteigern, Seiteneinsteigern, LovLs gibt, teilgenommen. Ich habe auch sehr viel in Eigeninitiative unternommen. Ich kann gar nicht mehr zählen, mit wie vielen Menschen jeglichen Alters und jeglicher Ausbildung ich gesprochen habe, um meine Schule schmackhaft zu machen. Letzten Endes blieben zwei Per-

sonen übrig, die ich gecastet habe. Mit beiden – das waren Quereinsteiger – habe ich das komplette Einstellungsverfahren durchlaufen. Wer das einmal gemacht hat, weiß, wie viel Bürokratie damit verbunden ist; das sind mehr als 60 Seiten. Es gab unzählige Telefonate, unzählige Papiere, die alle Seiten einbringen müssen, die man zusammentragen muss. Beide haben, nachdem wir alle Papiere vollständig eingereicht hatten, abgesagt, weil sie letzten Endes nach der Aufhebung der Steuerung an die Schulen gegangen sind, die sie ursprünglich im Auge hatten. Da bleibt für mich und für meine Schule keine Neueinstellung für das nächste Jahr übrig.

Das bedeutet, ich starte im nächsten Jahr an der Schule mit 50 Kollegen, dazu 3 PUs, 4 sind Pensionäre. Ich habe insgesamt 16 Quereinsteiger, 3 davon sind noch in der Ausbildung, 13 sind fertig. 20 Kollegen arbeiten in Teilzeit, 2 sind LovLs. Das alles führt dazu, dass ich mir Sorgen um die Qualität des Unterrichts an der Schule mache. Ich mache mir Sorgen um das, was für die Schüler herauskommt, was ich ihnen vermitteln kann. Ich mache mir aber auch Sorgen um meine Kollegen, die mit einem enormen Engagement, aber einer erheblichen Belastung arbeiten. Ich merke es jetzt am Ende des Schuljahres: Sie sind alle am Ende, eben weil sie mit so einem großen Engagement arbeiten. – Ich muss auch im nächsten Jahr Stellen umwidmen. Ich tue das, ich wandle wieder Stellen in PUs um, und ich werde auch eine pädagogische Assistenz einstellen, auch nach der Umwidmung einer Stelle.

Uns allen ist klar: Jede nicht gehaltene Stunde, gerade auch für meine Kinder, bedeutet, dass sie nicht so gebildet werden, wie sie es im Leben brauchen. Wir haben vorhin davon gesprochen, dass ab dem kommenden Schuljahr ein verpflichtendes 11. Schuljahr eingeführt werden soll, weil die jungen Menschen nicht in Ausbildung gehen. Ich könnte meine Hand dafür ins Feuer legen, dass ein Großteil meiner Kinder genau in diese Situation gerät, weil die Bildungschancen, die wir ihnen geben, einfach zu gering sind.

Ich könnte das jetzt noch an vielen Sachen belegen, aber Sie kennen das sicherlich alles. Ich komme mal zu den kurzfristigen Maßnahmen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Darf ich Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit eigentlich beendet ist, dass Sie zum Ende kommen müssten? – Danke sehr!

Karina Jehniche (Christian-Morgenstern-Grundschule; Schulleiterin): Ja. – Kurzfristige Maßnahmen: Ich habe die Steuerung als IBS-Vorsitzende nicht jubelnd begrüßt, aber trotzdem war es eine Chance für die Randschulen wie meine, die ich speziell führe – ich habe das auch von anderen Randschulen gehört –, weil es um die Verteilung des Mangels geht. Auch die Steuerung der Referendare halte ich für wichtig, dass man vorher festlegt, wo sie hingehen und dass sie dort auch verpflichtend bleiben müssen. Ich denke, es ist auch wichtig, dass jede Schule im Land Berlin eine Ausbildungsschule wird. Jede Schule muss Quereinsteiger ausbilden, ob das den Schulleitungen, den Schulen nun gefällt oder nicht.

Langfristige Maßnahme: Ganz klar, genügend Lehrkräfte müssen ausgebildet werden. Ein duales Studium halte ich für wichtig. Ich habe aus einem Grund ein bisschen genauer über meine Schule berichtet, weil ich die Verstärkung der frühkindlichen Bildung als sehr wichtig ansehe. Denn ich sehe, dass die Kinder, wenn sie bei mir eingeschult werden – – Der Schularzt, der meine Kinder untersucht, schreibt in den Untersuchungsbogen extra hinein, wenn das Kind „schulfit“ ist. Im vergangenen Schuljahr waren das von meinen rund 100 Kindern, die

ich eingeschult habe, 5 Kinder, die diese Notiz hatten. Alle anderen Kinder hatten einen zusätzlichen Förderbedarf, ob das die Sprache war oder körperlich-motorisch, da kommen ganz viele Dinge dazu. Diese Defizite schaffen wir nicht, an der Grundschule aufzuholen. Ich gebe die Kinder mit Defiziten an die Oberschule. Die Oberschule schafft es auch nicht, diese Defizite aufzuholen. Sie gehen dann mit Defiziten ins Studium. Jeder bemängelt dieses Defizit, aber starten müssen wir in der frühkindlichen Bildung. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Jehniche! – Dann machen wir weiter mit Herrn Meidinger. – Bitte sehr!

Heinz-Peter Meidinger (Deutscher Lehrerverband; Vorsitzender): Herzlichen Dank für die Einladung! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Verehrte Abgeordnete! Ich möchte am Anfang ganz kurz etwas sagen, was mich bewegt hat, was mich erschüttert hat, als ich hergefahren bin: Ich habe gehört, dass auf das Bürgerbüro einer Abgeordneten der SPD-Fraktion offensichtlich ein Anschlag mit Schusswaffen verübt worden ist. Ich muss einfach sagen, als jemand, der sich für die Demokratie in der Bundesrepublik immer wirklich vehement eingesetzt hat, dass mich das erschüttert. Ich hoffe nur, dass wir keine Zustände bekommen, wo Abgeordnete und politische Handlungsträger tatsächlich Angst um ihr Leben haben müssen. Das aber nur als Vorbemerkung. – [Beifall] –

Vielen Dank für die Einladung zur Anhörung! Es ist klar – ich komme als Bundesvorsitzender –, ich werde bei meiner Stellungnahme Bundesaspekte mehr in den Vordergrund rücken. Ein Kompliment am Anfang: Ich habe mir diesen Bericht, der ja der Anlass ist, sehr genau durchgelesen. Es gibt wenige Bundesländer, die so spezifizierte Berichte über den fachspezifischen Lehrkräftemangel haben. Das bringt mich zu der Erkenntnis, dass wir eigentlich kein Erkenntnisproblem, sondern allenfalls ein Handlungsproblem haben.

Es wird bei dem Lehrerberauf, beim Lehrkräftebedarf immer von diesen 100 Prozent ausgegangen. Ich darf darauf verweisen – ich glaube, da sind wir uns in den Lehrerverbänden insgesamt einig –, dass wir eigentlich von einem Lehrkräftebedarf von 110 Prozent oder sogar mehr ausgehen müssten, wenn wir uns die Unterrichtsreserve und die Ausfallquoten anschauen. Wir würden heute anders dastehen, wenn wir in Zeiten, als wir genügend Bewerber um das Lehramt hatten, mehr eingestellt hätten. Es ist jetzt müßig, das zu sagen, aber vielleicht hilft es für die Zukunft.

Entscheidend wird es sein, dass die neu geschaffenen Lehramtsstudienplätze, die hier berichtet worden sind, besetzt werden können. Das wird die entscheidende Frage sein. Wir begrüßen die geplante Werbekampagne für den Lehrkräfteberuf. Meine Meinung ist: An jede Schule gehören Werbeplakate. Aber die Politik muss auch dafür sorgen, dass dieser so tolle Beruf wieder attraktiver wird. Dazu gehören: keine Verschlechterungen, keine Erhöhung von Arbeitszeiten, keine Einschränkungen von Teilzeitmöglichkeiten, wie sie derzeit in anderen Bundesländern nicht nur geprüft, sondern umgesetzt werden, multiprofessionelle Teams – dazu ist in Ihrem Bericht ein Absatz drin – an allen Schulen, Entlastungen der Lehrkräfte von unterrichtsfremden Tätigkeiten und so weiter. Die Politik muss gleichzeitig mit der Werbekampagne Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen. Verwiesen wird im Bericht übrigens auf die Mitwirkung der Bildungsministerin, die heute bei der KMK-Sitzung ist, am Prozess zur Lehrkräftebildung in der KMK. Mein Appell an Frau Günther-Wünsch wäre jetzt gewesen – wenn sie da gewesen wäre; so übermittle ich es jetzt

auf diesem Wege –, keine Maßnahmen, auch in der KMK, zur Absenkung von Qualitätsstandards mitzutragen.

Wir haben zwei schlechte Beispiele, wahrscheinlich gibt es erheblich mehr: Brandenburg mit der Einführung eines Lehramts für Bachelorabsolventen, Absenkung auf A 11, E 11. Wir haben jetzt Sachsen-Anhalt, das sagt, wir können an den Schulen auch Personal beschäftigen, was über kein Abitur, kein Studium verfügt. – Ich glaube, man muss hier deutlich machen: Selbst die Zeiten des größten Lehrkräftemangels dürfen nicht dazu benutzt werden, um Qualitätsstandards – es geht um guten Unterricht – dauerhaft abzusenken.

Ich möchte noch eine abschließende Bemerkung machen, die ein bisschen über das hinausgeht; ich kann viel unterschreiben, was mein Kollege von der GEW über kurzfristige Verbesserungsmaßnahmen gesagt hat. Ich glaube, dass wir bei der Diskussion über den Lehrkräftemangel und darüber, warum so viele junge Menschen sich heutzutage nicht für diesen Beruf entscheiden, tiefer bohren müssen. Natürlich haben wir einen Fachkräftemangel, natürlich ist davon auch der Lehrkräfteberuf betroffen. Aber der Lehrkräfteberuf zählt zu den Verliererberufen. 7 Prozent aller Studienanfänger in Deutschland haben im letzten Wintersemester ein Lehramtsstudium begonnen. Wir würden 10 bis 11 Prozent brauchen. Als ich Abitur gemacht habe – lange ist es her –, waren es 20 Prozent, aber das nur am Rande.

Warum entscheiden sich so wenige junge Leute für das Lehramt? – Ich war vor Kurzem bei der Bundesschülerkonferenz, wenn ich Ihnen das noch mitgeben darf. Da ist in der Diskussion deutlich geworden, dass sich die Vorstellungen von jungen Menschen über die Berufstätigkeit, die sie später einmal machen wollen, gewandelt haben. Die wollen im Endeffekt mehr Flexibilität, mehr Offenheit, auch die Chance zur Korrektur, wenn es sich um eine Fehlentscheidung handelt, sie wollen Durchstiegsmöglichkeiten zu verwandten Bereichen, sie wollen eventuell auch mal ins Ausland gehen, mal vorübergehend in die Wirtschaft wechseln. Das sind alles Dinge, die ihnen bei der angeblichen Einbahnstraße Lehramt abgehen. Ich glaube, wir brauchen eine Modernisierung des gesamten Lehrkräfteberufs, ohne – das würde ich ausdrücklich sagen – Qualitätsstandards abzusenken oder am Beamtenstatus zu rütteln. Ich glaube, das geht alles insgesamt.

Die häufigste Frage – dies zum Abschluss –, die – ich hatte ein Gespräch mit einem Verantwortlichen bei der Bundesagentur für Arbeit – bei Bewerbungsgesprächen derzeit gestellt wird, ist die Frage: Welche Homeofficemöglichkeiten habe ich? – Das ist natürlich eine Frage, die im Lehramt derzeit oder vielleicht auch in der Zukunft kein Thema ist. Das soll nur veranschaulichen, dass wir, glaube ich, jenseits aller Verbesserungen vor Ort auch mal schauen müssen, dass wir diese Studienplätze besetzen. Dazu müssten wir auch eine Modernisierung des Lehrerberufs generell diskutieren. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Meidinger! – Dann machen wir weiter mit Herrn Schurig. – Bitte sehr!

Hartmut Schurig (Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Marzahn-Hellersdorf; Vorsitzender): Auch ich möchte mich herzlich für die Einladung bedanken. Ich bin Personalratsvorsitzender von Marzahn-Hellersdorf, ein 17er-Personalrat für inzwischen circa 3 400 Dienstkräfte in 48 Schulen. Von denen sind circa 2 600 Lehrkräfte; über die rede ich jetzt mal ganz kurz. Ich bedanke mich auch für den sehr plastischen Eindruck von der Kollegin Jehnicke aus

dem Blick der Einzelschule, was sich da abspielt. Wir erhalten den Eindruck von allen unseren Schulen, und der läuft bei uns im Personalrat zusammen. Da sieht es dann so aus: Wir haben eine Bedarfsprognose für das kommende Schuljahr von 570 Vollzeiteinheiten gehabt, das ist ein Fünftel der Lehrkräfte. Jede fünfte Stelle muss also neu besetzt werden. Das ist ein riesengroßer Wert. Wir haben seit Mitte April, seit die Einstellungsverfahren für das neue Schuljahr laufen, mit dem heutigen Datum bereits 460 Einstellungsverfahren gehabt. Die gehen fast ausschließlich durch. Klar, wir brauchen sie alle. 460, man könnte jetzt meinen, dass alles gut ist und wir bis zum Ende der Ferien locker die 570 haben. Aber das sind 460 Menschen. Jetzt kommt der Knackpunkt, und auf den Zusammenhang möchte ich besonders verweisen. Von den 460 sind ganze 29 Laufbahnbewerber, unbefristet, also ausgebildete Lehrkräfte. Alle anderen sind gar nicht oder nicht voll als Lehrkraft ausgebildet. Die gehen dann alle in die Schule rein. Ich will sie gar nicht diskreditieren, sie leisten teilweise eine Riesensarbeit, aber das hat Auswirkungen. Und sie sind alle nicht in Vollzeit. Wir reden nicht von Vollzeitkräften bei denen, die wir jetzt eingestellt haben.

Wir haben überwiegend Teilzeitkräfte eingestellt. Meine inzwischen unvorsichtige Prognose lautet: Wir werden zum neuen Schuljahr möglicherweise noch um die 200 Lehrkräfte-Vollzeiteinheiten nicht besetzt haben. Jetzt kommen wir an die Stelle, an der die Einzelschulen sagen – und das ist über den Bezirk sehr differenziert –: Mir fehlen noch drei, mir fehlen fünf, und mir fehlen acht. – Was dann in den Schulen losgeht, will ich ganz kurz sagen. Einige Worte haben wir schon gehört, das wiederhole ich nicht. Schulen mit einer maßgeblichen Zahl an offenen Stellen können nicht mehr differenzieren, integrieren und inkludieren. Sie müssen schlicht die Stundentafel kürzen, weil sie nicht mehr haltbar ist. Sprachförderung, sonderpädagogische Förderung, Inklusion in Regelklassen: All das findet nicht mehr wirklich statt. Wenn wir in der Stadt von inklusiver Schule reden, reden wir in diesen Schulen eigentlich nur noch von einer Worthülse, weil die Förderstunden, die dafür an die Schulen gegeben werden, der Absicherung des Regelunterrichts zum Opfer fallen.

Schulen mit einem hohen Anteil an nicht voll ausgebildetem Personal brauchen natürlich zusätzliche Unterstützung für diese Kolleginnen und Kollegen, weil sie die Prozesse schlicht noch nicht beherrschen – in Klammern – können. Das geht dann zulasten der ausgebildeten Lehrkräfte, die noch da sind. Eine Beispielschule: 43 Dienstkräfte, 22 davon sind ausgebildet, die anderen müssen irgendwie begleitet werden. Das setzt eine Spirale in Gang. Ein Aspekt, der dazu kommt: Frist- und Teilzeitverträge sind nahezu der überwiegende Teil, also fast alle, 94 Prozent. Die Fülle dieser Verträge lässt den Verwaltungsaufwand an den Schulen erheblich steigen. Auch da ist plötzlich eine Auswirkung auf bestimmtes Personal da. Schließlich noch: Schulprofile, wie sie die Schule bislang kannte, können nicht mehr gehalten werden. Da fehlen die Menschen.

Letzter Punkt: Die Einschränkung von Wahlmöglichkeiten wird durch die Streichung von Wahlkursen für etliche, für die es von Bedeutung wäre, nicht ohne Auswirkung auf die Schullaufbahn sein. Die Überforderung des Personals in solchen Situationen ist greifbar. Das ist eine sich selbst verstärkende Überlastungsspirale. Jetzt kommt noch eine Tendenz dazu. Die gilt möglicherweise nur für uns, das kann ich nicht sagen. Wir haben einen großen Anteil Wohnungsneubau in unserem Stadtbezirk. Der läuft inzwischen dem Schulbau weg. Die Schulplätze und Kitaplätze kommen nicht in gleicher erforderlicher Zahl mit. Die Folge ist, dass alle unseren Schulen – bis auf eine einzige, also 47 Schulen – mindestens einen Zug mehr haben, als sie haben dürften. Sie sind überbelegt. Dadurch werden Räume zu Klassenräumen, die eigentlich Fachräume sind, und so weiter. Das Ganze drückt ungeheuer auf die Bildungsqualität, die man eigentlich geben will und nicht mehr geben kann.

Was sind jetzt die Maßnahmen? Einige wurden schon genannt, die wiederhole ich nicht. Für Studenten in Ausbildung und Absolventen nach der Ausbildung ist, so meine These, klar: Ohne eine Steuerung wird es nicht mehr gehen. Ich rede für unseren Bezirk. Ich weiß, dass mindestens vier Bezirke diese Nöte signalisiert haben. Das ist über die Stadt nicht gleich verteilt. Schulpsychologische Arbeit und Schulsozialarbeit müssen gerade in diesen personell schlechter aufgestellten Schulen abgesichert werden. Da muss vielleicht zusätzliches Potenzial rein. Die Verwaltungsarbeit muss in diesen Schulen abgesichert werden, Verwaltungsleitung und Sekretariat müssen also besetzt und arbeitsfähig sein, sonst ist das nicht zu schaffen. Der Schulbau muss im Einklang mit dem Wohnungsbau realisiert werden, damit letztlich Bau- und Personalsubstanz aus dieser Verschleißzone herauskommen. Die Zügigkeit muss normalisiert werden. Ich bitte Sie: Vielleicht fragen Sie in den Bezirken mal nach, wie es in den Schulen der Bezirke mit der Zügigkeit aussieht.

Jetzt kommen noch zwei Aspekte dazu, die ich erst im Verlauf der Diskussion mitgekriegt habe. Übrigens noch meinen Dank: Wir hatten mit der Staatssekretärin und der Senatorin schon ein gutes Gespräch. Da wurde gut diskutiert. Wir gucken, was im nächsten Jahr tatsächlich kommt. An der Wertschätzung der Lebensleistung bei der Eingruppierung neu Einstellender muss gearbeitet werden. Wir sehen uns immer vor der Situation, an dieser Stelle mit der Personalstelle zu streiten. Warum erkennen die denn die zwei oder fünf oder acht Jahre der Tätigkeit nicht an? Ich benutze jetzt mal das laxe Wort: Da ist man sehr knickrig. Damit gewinnt man auch kein Personal. Vielleicht lässt sich hier mal von oben eine Ansage machen, dass man ein bisschen toleranter mit der Lebensleistung umgehen und diese auch anerkennen sollte, wenn sie mitgebracht wird. Das ist bei weiterem pädagogischen Personal häufig der Fall. Ein letzter Punkt – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Okay, Herr Schurig, genau: Ein letzter Punkt, das wäre genau mein Stichwort – wunderbar!

Hartmut Schurig (Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Marzahn-Hellersdorf; Vorsitzender): Die LovL-Entfristung ist ja seit diesem Jahr wieder möglich. Das ist eine gute Möglichkeit. Sie sollte aber an eine Weiterbildungsoption gekoppelt werden, damit wir am Ende auch bei diesen Kräften mehr Bildungsqualität sichern und gleiches Geld für gleiche Arbeit bezahlen können. Die LovL-Entfristung – ohne eine Form von Steuerung wird es in den nächsten Jahren nicht gehen; das glaube ich ganz sicher. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke Ihnen, Herr Schurig, wunderbar! – Dann, last but not least, Herr Zimmerschied! – Bitte sehr!

Sven Zimmerschied (Vereinigung der Berliner ISS-Schulleiterinnen und -Schulleiter – BISS –; Vorsitzender / Friedensburg-Oberschule; Schulleiter): Ich möchte mich auch noch für die Gelegenheit bedanken, mich hier äußern zu können. Wir alle wissen: Das Thema Lehrkräftemangel ist sehr komplex. Es wird auch nicht die einfache Lösung geben, das ist uns allen klar. Es müssen also viele Bausteine sein, aus denen wir das zusammensetzen, um diesen Mangel zu verringern. Ich sehe im Augenblick aber auch ein Problem dabei. Wir alle haben sehr viele Baustellen. Das führt bei mir manchmal zu der Wahrnehmung: Viele Baustellen, wenig Handeln; das vielleicht vorab.

Ich glaube, wenn wir über die Behebung oder Verringerung des Lehrkräftemangels reden, müssen wir immer mitdenken, dass der Beruf attraktiver gemacht werden muss. Das ist die Grundvoraussetzung. Ich habe es jetzt selbst gerade in meiner Praxis erlebt. Bei mir haben ein Kollege und eine Kollegin gekündigt. Die sind noch sehr jung. Die sagen sich: Ich habe diesen Beruf jetzt ein paar Jahre erlebt, und der ist äußerst herausfordernd und anstrengend. Der eine will sein Geld online verdienen und durch die Welt tingeln. Er erstellt Unterrichtsmaterialien und sagt mir, damit könne er jetzt schon mehr Geld verdienen als als Lehrer. Die andere Kollegin ist eine Englischlehrerin. Die will sich im Übersetzungsbereich versuchen. Die können das ja auch machen. Ich verstehe diese jungen Leute sogar, weil sie ja die absolute Sicherheit haben: Im Notfall können sie immer noch wieder Lehrer werden. – Deswegen ist es so zwingend, dass wir diesen Beruf attraktiver machen.

Ich sehe ein paar kurzfristige und ein paar mittelfristige Lösungsansätze. Die haben verschiedene Adressaten. Die eine Gruppe ist natürlich die Bildungsverwaltung oder die Politik im Allgemeinen. Ein Punkt, der auch immer wieder angesprochen wird – ich weiß, die Senatsverwaltung versucht da auch vieles –, ist die weiterhin hohe Zahl an Abordnungen und Anrechnungsstunden. Wir sollten diese Abordnungspraxis konsequent überdenken, damit jegliche Tätigkeit, bei der man nicht zwingend Praxiserfahrung als Lehrkraft braucht, durch anderes Personal gemacht wird.

Meine Wahrnehmung als Schulleiter ist, dass im SIBUZ oder auch in der regionalen Fortbildung teilweise mehr Zeit mit dem Ausfüllen von Formularen verbracht wird als mit inhaltlicher Arbeit. Ich weiß, das ist überspitzt, aber es kommt mir manchmal so vor, dass man sich über Formulare legitimieren muss. In Sachen Transparenz liegt ja der Bericht zu den Schülerzahlen vor. Wenn Sie da auf Seite 7 hineinschauen, ist das sehr transparent dargestellt. 228 Vollzeiteinheiten verschwinden in irgendwelchen Einzelmaßnahmen. Gut, das könnten Herr Duvneck und Herr Blume jetzt vielleicht erklären, aber 1 273 Vollzeiteinheiten verschwinden in die Aus- und Fortbildung. Das heißt, pro Schule sind zwei Lehrkräfte in die Fortbildung vollzeitabgeordnet. Ich sehe die nicht. Wo sind die?

Bei den Fachseminarleitungen haben wir leider – das sind auch 318 Vollzeiteinheiten – – Wir haben mittlerweile sehr kleine Fachseminare. Man sollte nicht gucken, dass man da zu viel einspart. Vielleicht haben wir ja doch mehr Referendare, aber im Augenblick ist da, glaube ich, auch viel Potenzial.

Hier kamen ja auch schon die Ein-Fach-Lehrer zur Sprache. In Berlin gibt es für die ja diesen sofortigen Berufseinstieg – vielen Dank auch an so eine Einrichtung wie StEPS! In anderen Bundesländern ist man da noch deutlich zurückhaltender, aber ich denke, wir sollten dieses eine Fach auch grundsätzlich ermöglichen. Ich leite ja eine Europaschule Deutsch/Spanisch. Im spanischsprachigen Raum ist das üblich. Da haben Lehrer nur ein Fach. Die haben nicht zwei Fächer. Ich kann es auch an meinem Beispiel machen. Ich bin Mathe- und Physiklehrer. Ich musste für mein Lehramt fast ein volles Mathematikstudium absolvieren und fast ein volles Physikstudium. Vielleicht ist es das, was den Beruf, also dieses Studium, so unattraktiv macht.

Ich habe auch noch ein anderes Beispiel. Wir brauchen mehr Flexibilität. Ich habe eine junge Kollegin, die hat in Wien studiert und ist bei mir als Lehrkraft nach Regeln des Herkunftslandes in der kreativen Kombination Deutsch/Österreichisch angestellt. Diese Kollegin hat ein Bachelorstudium in Sonderpädagogik. Sie hat dann darauf einen Master in Sozialpädagogik gemacht. Das führt jetzt im Augenblick in Berlin dazu, dass sie nur nach E 10 bezahlt wird, was sie zu der Erkenntnis führt, Berlin vielleicht doch wieder zu verlassen. Deswegen muss es da deutlich flexibler werden.

Ich spreche auch noch mal das Thema Schulassistenten an. Wir brauchen diese Schulassistenten, um Lehrer bei Aufsichten zu entlasten, vielleicht auch manchmal in Vertretungssituationen – nicht um Unterricht zu machen, aber um die Schüler zu beaufsichtigen. Das ist absolut notwendig, aber eben nicht nur durch diese Umwandlung. Viele Schulleitungen schrecken auch davor zurück. Wenn ich Lehrkräftestellen umwandle – und das ja praktisch dauerhaft –, hört sich das erst mal nach einer schönen Variante an, aber da sind auch viele Bedenken, dass das dann nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Wir von unserem Verband schlagen auch vor, dass wir die Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte an sehr herausfordernden Standorten – ich weiß, das hört sich ein bisschen widersinnig an – konsequent verringern, dass wir eben sagen: Die haben bloß 20 Stunden Unterricht, von ihren 26 Stunden sind 6 Stunden für Beratungstätigkeit, Elternarbeit und so etwas geparkt. Klar, dann ist noch mehr Unterversorgung da, aber es ist absolut notwendig, dass diese Standorte damit auch attraktiver gemacht werden, sodass die Arbeit dort als leistbar empfunden wird.

Wir sollten auch in Richtung Kinderbetreuung schauen. Daran scheitert es oft. Meine Schule hat eine Kooperation mit einer benachbarten Kita. Ich kann einer Lehrkraft, die bei uns anfängt, im Notfall einen Kitaplatz anbieten. Das brauchen wir berlinweit. Jedes Mal, wenn ich eine neue Kollegin oder einen neuen Kollegen habe, mache ich einen auf Immobilienmakler und schreibe an das ganze Kollegium: Könnt ihr nicht mal bei der Wohnungssuche helfen? – Dort muss das Land Berlin auch Angebote machen. Lehrkräfte aus anderen Bundesländern müssen vom Land Berlin bei der Wohnungssuche irgendwie unterstützt werden, am besten mit ganz konkreten Wohnungsangeboten.

Nicht zuletzt sollten wir den Lehrerberuf auch wirklich aktiv bewerben. Das kam hier aber auch schon mal. Herr Meidinger hat etwas zum Thema Teilzeit gesagt. Ich sehe das ganz genauso: bitte bei Teilzeit keinen Zwang! Die Lehrkräfte arbeiten nicht aus Daffke Teilzeit, sondern weil sie es dann gefühlt besser oder gerade noch so leisten können. Wir müssen den Lehrerberuf anders attraktiver machen, sodass die Leute vielleicht wieder aus der Teilzeit herausgehen. Das ist zum Beispiel so etwas wie Kinderbetreuung. Große Schulen könnten vielleicht eine eigene Kinderbetreuung aufbauen. Wir sollten auch in Richtung Lebensarbeitszeitkonten denken – dass Lehrer also, wenn sie mehr arbeiten, das ansparen und dann vielleicht auch mal ein Jahr frei haben können; also eben nicht unbezahlt, wie bei einem Sabbatical, sondern ganz normal angespart.

Herr Erdmann hat vorhin etwas zu der Verbeamtung gesagt. Ich nehme die schon als sehr wirksam wahr. Ich hatte gestern Abend ein Bewerbungsgespräch mit einer Kollegin aus Brandenburg, und da ist ganz klar die Verbeamtung der Grund, weswegen sie überlegt, nach Berlin zu kommen. Heute früh hat sie auch zugesagt. – Zu den Steuerungsversuchen: Wir brauchen unbedingt Steuerung, aber wir als Vorsitzende der Schulleitungsverbände werden uns dazu ja demnächst mit den Abteilungsleitern zusammensetzen und schauen, was möglich ist. Steuerung könnte man sich auch sehr weitgehend vorstellen, aber in Zeiten des Mangels funktionieren Dinge auch nicht. Dann kommen die einfach nicht nach Berlin. Wir müssen da also, glaube ich, sehr geschickt vorgehen.

Vielleicht an den Schulen selber: Die Schulen brauchen eine Budgetierung dieser freien Lehrkräftestellen. Die Stellen sind nicht besetzt, das Geld verschwindet – also gefühlt für die Schulen. Die Schulen müssen die Möglichkeit haben, dieses Geld zu nutzen. Wir brauchen Freiräume bei Regularien. Das ist auch schon mal gesagt worden. Manche Schulen können gar nicht mehr die Stundentafel anbieten. Wir brauchen aber auch Freiräume bei Klassenarbeiten, Korrekturen, Lehrplänen und so weiter. – Ich muss jetzt wahrscheinlich auch zum Ende kommen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Sie haben meine Handbewegung richtig interpretiert.

Sven Zimmerschied (BISSS; Vorsitzender / Friedensburg-Oberschule; Schulleiter): Gut! – In Richtung der Hochschulen: Wir brauchen unbedingt Konzepte zur Verringerung von Studienabbrüchen. Wir brauchen ein duales Lehramtsstudium. Die Schulleitungsverbände werden in den nächsten Tagen beziehungsweise Wochen einen Vorschlag dazu vorlegen, wie wir uns den Ablauf eines solchen Studiums parallel zum bisherigen Lehramtsstudium vorstellen können, und wir müssen diese Überfachlichkeit an den Universitäten zurückdrängen. Lehrer sind vor allen Dingen Pädagogen und keine Fachwissenschaftler. Was ich in Mathematik studiert habe, habe ich in meinem Lehrerleben noch nie gebraucht.

Wir brauchen langfristige Strategien. Das ist ganz klar. Wir müssen das Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte überdenken. Vertrauensarbeitszeit funktioniert nicht mehr. Das muss man ganz deutlich sagen, und wir bekommen diesen Beruf nur attraktiver, wenn wir daran arbeiten. Gut. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Zimmerschied! – Dann gehen wir jetzt in die Beratung über. Mir liegen insgesamt sieben Wortmeldungen vor. Ich würde sie kurz einmal verlesen, damit die Reihenfolge klar ist: Herr Krüger, Frau Burkert-Eulitz, Frau Brychcy, Herr Hopp, Herr Weiß, Frau Lasić und Herr Bocian. – Sie sind so freundlich und schreiben die Fragen, die an Sie beziehungsweise an den Senat gestellt werden, kräftig mit, und dann würden wir hinterher in umgekehrter Reihenfolge mit der Beantwortung beginnen. – Herr Krüger, Sie beginnen – bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Ja, ich muss versuchen, mich zu beeilen. – Erst mal vielen Dank an die Anzuhörenden für die Ausführungen! Es ging viel um das Thema Steuerung und darum, dass die jetzt aufgegeben wurde. Was hat das für Auswirkungen? Wir haben von Frau Jehnicke schon ein Beispiel gehört. Sind dem Senat weitere Beispiele bekannt? Können Sie sagen, wie sich diese Entscheidung ausgewirkt hat? Frau Günther-Wünsch hat im Plenum gesagt, dass die Steuerung nicht funktioniert und dass sie deswegen aufgegeben wurde. – Auf welcher Grundlage wurde denn die Aussage getroffen, dass sie nicht funktioniere? Gibt es da Evidenzen, die das belegen?

Dann habe ich die Frage, welche Maßnahmen getroffen werden, um dem Lehrkräftemangel insbesondere an unterausgestatteten Schulen entgegenzuwirken, also nicht nur allgemein. Da gab es ja eine Reihe von Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden, aber speziell für solche Schulen, wie Frau Jehnicke sie hat, und wo es einfach eine besondere Unterausstattung gibt: Was kann für diese Schulen getan werden?

Welche Regionen sind besonders unterausgestattet, beziehungsweise wo gibt es besonders viele Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger? Herr Schurig hatte ja berichtet, wie die Lage bei ihm in Marzahn-Hellersdorf ist. Ich nehme mal an, die wird in den Bezirken sehr unterschiedlich sein, und nicht überall werden von 400 Personen 29 Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber sein. Deswegen die Frage: Gibt es da eine Ballung, und steht das vielleicht auch im Zusammenhang mit der Schultypisierung? Kann man da Zusammenhänge erkennen?

Was geschieht, wenn eine Schule trotz aller Maßnahmen mangels Personal keinen ordentlichen Unterricht aufrechterhalten kann? Ich habe jetzt schon Beispiele von Schulen gehört, die sagen, sie können dann nur noch zwei Drittel der Stundentafel abdecken. Wie geht man damit

um? Gibt es da vielleicht auch vom Senat Unterstützung, dass man sagt: Okay, wenn der Kunstunterricht ausfällt, dann gibt es stattdessen ein außerschulisches Kunstangebot, damit sich die Schule vielleicht nicht nur alleine darum kümmern muss oder auch entsprechende Mittel bekommt, um das anleiern zu könne? Ich glaube, wir müssen grundsätzlich die Diskussion über die Stundentafel führen. Frau Jehnicke hat es gesagt: Im Zweifelsfall gibt es dann immer die Entscheidung, ob man die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler wegnimmt oder an die Stundentafel herangeht. – Ich glaube, das ist die größte Stellschraube. Wenn wir, wie das auch Herr Zimmerschied gesagt hat, Lehrkräfte im Stundendeputat entlasten wollen, dann schaffen wir damit einen Lehrkräftebedarf. Das kann eigentlich nur funktionieren, wenn wir gleichzeitig über die Stundentafel diskutieren. Ich glaube, sonst werden wir nie zu dem Punkt kommen, sinnvoll darüber zu diskutieren.

Ich finde es auch besonders bedauerlich, dass sich gerade Schulleiterinnen wie Frau Jehnicke, die ja auch viele andere Herausforderungen an der Schule haben, auch noch intensiv um Bewerberinnen und Bewerbern in diesem Verfahren kümmern müssen und dadurch eigentlich doppelt und dreifach belastet sind. An Sie gerichtet, Frau Jehnicke: Sie waren ja auch bei dem Runden Tisch dabei. Dabei sind ja ein paar Maßnahmen herausgekommen. Der Landeselternausschuss hat aber kritisiert, dass da auch Maßnahmen besprochen wurden, die am Ende nicht übernommen wurden, wie zum Beispiel die Reduzierung der Klassenarbeiten oder verschiedene andere Maßnahmen. Vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen etwas sagen, warum diese Maßnahmen nicht übernommen wurden oder welche aus Ihrer Sicht hätten übernommen werden sollen.

Eine Frage noch in Richtung Senatsverwaltung. Es gab ja eben die Vorschläge: Ein-Fach-Lehrkräfte, duales Studium, bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Wann sollen diese Maßnahmen denn greifen? Wir brauchen ja akut Entlastung. Ist damit schon im nächsten Schuljahr zu rechnen? – Vermutlich eher nicht. Wie ist da die Zeitlinie? Ich hatte ja eine Anfrage gestellt. Da ging es dann viel um die KMK und darum, dass man sich da absprechen muss. Das kann ich verstehen, aber die Schulen wollen ja trotzdem wissen, wann sie mit der Entlastung rechnen können. Gibt es einen Zeitplan, und gibt es auch eine Gesamtstrategie, wie viel Lehrkräftebedarf wir damit decken können? Reicht das, um den Fehl auszugleichen, oder brauchen wir vielleicht noch andere Maßnahmen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Okay, dann machen wir mit Frau Burkert-Eulitz weiter. – Bitte sehr!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Ich würde da gerne anknüpfen. Wir haben ja zwei Seiten gehört, einmal die Attraktivität der Zugänge zum Lehrkräfteberuf, aber eben auch die Art und Weise, wie heutzutage an Schulen unterrichtet wird. Da haben wir Diskurse, wie moderne Pädagogik an Schulen stattfindet, und dann vielleicht die Erkenntnis, wie sie an vielen Schulen tatsächlich noch stattfindet. Die Senatsverwaltung hat ja am Freitag den Schulversuch – BarCamp – zum hybriden Lernen vorgestellt, aber das ist sozusagen die Spitze, und wir haben eine Breite, in der Schule noch immer so stattfindet, wie die Lehrkräfte oder Eltern das selbst noch kennengelernt haben. Das ist weder 21. Jahrhundert noch das, was man sich vielleicht vorstellt, wie Schule stattfinden könnte. Deswegen die Frage: Hat das aus Ihrer Sicht beides miteinander zu tun, und wie kann man das auch dahin entwickeln, dass das Arbeiten auch in multiprofessionellen Teams stattfinden kann und Spaß macht?

Auch an die Senatsverwaltung die Frage: Wir haben ja an Schulen ein ganz breites Spektrum an Menschen, die dort arbeiten – von denen, die im Verwaltungsbereich tätig sind, bis hin zu den – wie es zum Teil genannt wird – Assistenzkräften. Auch da haben wir eine große Bandbreite: Schulhelferinnen und Schulhelfern, die nicht im Em-soz-Bereich tätig sein durften; wir haben ein hohes Maß an Sozialassistentinnen und die Sozialassistenten, die wir ausbilden; wir haben Stadteilmütter und so weiter. Sind das möglicherweise auch Menschen, die diese Unterstützung im Unterricht möglich machen, wie das in anderen Ländern in Europa durchaus schon möglich ist? Wird so etwas in der Senatsverwaltung diskutiert oder auch in der KMK oder in anderen Bereichen?

Wie kann man diese Vielfalt – was wir jetzt auch alles aufgemacht haben – von einer Entschlackung von Schulen, zum Beispiel was die Klassenarbeiten angeht – – wenn man das hochrechnet: jede Klasse in jedem Fach eine Klassenarbeit weniger, was das für die Lehrkräfte an Entlastung bedeutet, auch beim Stress für die Kinder. Die lernen dann wahrscheinlich trotzdem. Deswegen die Frage: Gibt es da Berechnungen, wie man da auch Stunden entlasten kann, weil das ja auch im Kampf der GEW das ist, dass die Belastung für Schulen, für Lehrkräfte zu hoch ist.

Wie bekommt man auch ein Konzept für Multiprofessionalität an Schulen besser hin, als zu sagen: Nein, das muss jede Schule mit sich selbst klären! – Die Fragen, die sie haben, die Kinder, um die sie sich Sorgen machen: Wie bekommt man darum herum genug Menschen, die sie da unterstützen können, dazu, auch entsprechend tätig zu werden, und wie sollte man das auch einsortieren, damit der Ort Schule auch den dort Beschäftigten Spaß macht, sodass auch die Kinder mehr Lust auf Schule haben?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke, Frau Burkert-Eulitz! – Es geht weiter mit Frau Brychcy. – Bitte sehr!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde erst mal den Senat fragen und dann gleich die Anzuhörenden. Den Senat frage ich: Wie ist denn die Tendenz der Personalausstattung in den einzelnen Bezirken nach Aufhebung der Steuerung? Wir haben ja gehört, dass es in Marzahn-Hellersdorf schon vorher prekär war – schon im letzten Jahr –, aber eben auch in Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Pankow. Ist das so, dass die Aufhebung der Steuerung jetzt noch mal die Fliehkräfte beschleunigt?

Wir sind jetzt erst am Beginn des Mangels. Wir haben 1 500 Stellen zum kommenden Schuljahr, die wir nicht besetzen können, und das wird sich ja auswachsen auf 2 500. Es steht ja auch in der Lehrkräftebedarfsprognose, dass wir zukünftig noch viel weniger Stellen werden besetzen können. Da ist natürlich die Frage der Steuerung entscheidend. Frau Günther-Wünsch hat gesagt, sie möchte steuern. Die Frage ist, wie? Wie plant die Senatsverwaltung jetzt nach Aufhebung der letzten Regelung bei den Einstellungen, wo eben nur bis zu einem gewissen Prozentsatz eingestellt werden kann, zu steuern? Wie werden auch die quereinsteigenden Referendarinnen und Referendare frühzeitig gesteuert, damit die Bezirke, die besonders wenig Personalausstattung haben, auch eine Entlastung spüren und die vollausgebildeten Kolleginnen und Kollegen zuerst in diese Bezirke gehen? Wir haben die Verbeamtung ja auch mit umgesetzt, weil wir gesagt haben: Diese Chance müssen wir ergreifen.

Dann zu der Lehrkräftebedarfsprognose selbst oder zu der mittelfristigen Lehrkräftebedarfsplanung: Wir haben aktuell 10 Prozent der Lehrkräfte an den freien Schulen beziehungsweise 20 Prozent bei den beruflichen Schulen nicht in der Allgemeinbildung – [Zuruf] –, Entschuldigung, der Schülerinnen und Schüler, und die Frage ist, wie das in die Prognose einberechnet wird, wenn wir sagen, wir wollen nur staatliche Lehrkräfteausbildung an den Hochschulen und am StEPS? Wie schaffen wir es, auch für die freien Schulen mit auszubilden?

Dann will ich konkret nach den umgewandelten Lehrkräftestellen bei der Bedarfsermittlung fragen. Ist das wirklich so, dass die nicht mit einberechnet werden? Dann würde ja noch ein höherer Bedarf entstehen als der, den wir hier gerade ausgewiesen haben. Ich will auch noch mal zur Verbeamtung fragen: Gibt es hier schon Effekte, die sich in Zahlen sehen lassen bezüglich der Kolleginnen und Kollegen, die aus anderen Bundesländern kommen oder eben auch bleiben, also von den Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerbern, dass mehr bleiben, als sonst abgewandert sind?

Bezüglich der Pläne der Senatsverwaltung zur Teilzeit: Da hat Frau Günther-Wünsch gesagt, sie möchte Anreize setzen. Welche konkreten Anreize sollen gesetzt werden, damit Kolleginnen und Kollegen ihre Stunden erhöhen? Wann kommt das Konzept für die multiprofessionellen Teams? Das hatten wir ja auch angedacht und gesagt: Wir wünschen uns an jeder Schule ein Personalbudget für multiprofessionelle Teams. Die Senatsverwaltung sollte auch ein entsprechendes Konzept vorlegen. – Zum Staatsvertrag Lehrkräftebildung: Da haben wir im Abgeordnetenhaus gemeinsam einen Antrag beschlossen. Wird dieser anlässlich der KMK heute und morgen auch eingebracht? Es ist natürlich völlig klar: Wenn alle Bundesländer bedarfsdeckend ausbilden, wird der Mangel auch übergreifend gelöst.

Herrn Erdmann frage ich zum Praxissemester: Das haben Sie ja auch angesprochen, dass da aktuell sehr wenige im Praxissemester sind und hier gerade ein Rückgang festzustellen ist. Kann man das alleine mit einem Stipendium lösen? Wie sind die Bedingungen im Praxissemester, im Referendariat und im Quereinstieg? Wie kann man hier noch mal die Qualität erhöhen? Sie sprachen auch die Kolleginnen und Kollegen mit internationalem Abschluss an. Welche Hürden gibt es hier? Wie könnte man die beseitigen? Letzte Frage an Sie, zum TV Gesundheitsschutz: Die Kolleginnen haben ja gesagt, dass die Arbeitsbedingungen prekär sind. Wie könnte sich das auch noch mal umsetzen? Ist das ein Widerspruch? Wie bekommen wir das hin, um gute Arbeitsbedingungen herzustellen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Liebe Frau Brychey! Wir haben uns selbst die Verfahrensregel gesetzt, dass wir drei Minuten nicht überschreiten wollen. Wir sind jetzt bei vier Minuten.

Franziska Brychey (LINKE): Genau, aber ich fahre jetzt fort, bis ich meine Fragen zu Ende gestellt habe, weil es ja so ist, dass ich ja auch mehrere Punkte begründen muss.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Sie können sich aber auch gerne noch mal auf die Liste setzen lassen. Das wäre, glaube ich – –

Franziska Brychey (LINKE): Gut, ich versuche aber trotzdem, das kurz zu beenden, weil es nicht mehr viele Fragen sind. – Frau Jehnicke möchte ich gerne bezüglich der Umwandlung fragen, ob es hier Hindernisse gibt. Sie haben ja davon gesprochen, dass Sie umwandeln. Ist

das bürokratiemäßig möglich? Sie haben gesagt, Sie kürzen die Stundentafel nicht, sondern Sie kürzen nur die strukturelle Unterstützung und Förderung. – Warum ist das so, und warum können Sie das nicht auch anders entscheiden? Steht die Schulaufsicht hier, sage ich mal, im Weg, dass man vielleicht auch die Stundentafel entsprechend kürzen kann, um dann eben die Förderstunden zu erhalten?

Herr Schurig wollte ich noch fragen, ob auch überbezirklich in dem Sinne zusammengearbeitet wird, dass andere Bezirke möglicherweise Kolleginnen und Kollegen nach Marzahn-Hellersdorf entsenden? Wie funktioniert das, dass gut ausgestattete, bürgerliche Bezirke da auch unterstützen, wenn so wenige Kolleginnen und Kollegen da sind? Um auch noch mal nach den Auswirkungen des Mangels zu fragen: Sie haben ja gesagt, differenzieren, inkludieren, integrieren – schaffen wir alles überhaupt nicht mehr.

Herr Zimmerschied, letzte zwei Fragen: Sie haben gesagt, insbesondere die jungen Kolleginnen und Kollegen kündigen. – Ist das ein neuer Trend, das junge Kolleginnen und Kollegen nicht bleiben, sondern den Schulberuf wirklich aufgeben? Was sagen Sie zu einem möglichen Budget für multiprofessionelle Teams, bei dem die Schulleitungen selbst entscheiden können, welche Professionen sie einstellen, wenn sie keine Lehrkräfte mehr finden? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Gut, dann machen wir weiter mit Herrn Hopp. – Bitte sehr!

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, insbesondere auch für die Solidaritätsbekundung, Herr Meidinger! Das wissen wir vonseiten der SPD-Fraktion sehr zu schätzen. – Ehrlicherweise muss ich sagen: Es ist so ein großes Thema, bei dem wir alle wissen, dass wir keinen Anspruch darauf haben, dass wir das heute beenden. Dass es schwer ist, das in drei Minuten zu fassen, muss ich schon sagen. Wo wir uns sicherlich alle einige sind, ist der Punkt, dass der Beruf des Lehrers, der Lehrerin attraktiver werden muss. Man muss aber auch sagen – das ist so ein bisschen die gesamtgesellschaftliche Sicht –, wir sind in einer Zeit, in der auch zu Recht die Viertagewoche gefordert wird, in einer Zeit, in der eine junge Generation – vielleicht auch zu Recht – sagt: Wir möchten nicht unser Leben lang nur ackern, wir wissen nicht wofür. – Dann ist es noch eine Zeit des demografischen Wandels, in der wir einfach zu wenige junge Leute haben. Ich glaube, das muss man bei all dem, was wir diskutieren, immer dazusagen. Der Fachkräftemangel ist ein gesellschaftliches Problem, das durch alle Branchen geht, und wir sind ein Teil davon. Sicherlich müssen wir spezielle Antworten finden. Ich glaube aber, dass Ansätze wie Kitaplätze, Wohnungen für Lehrkräfte – also wenn man das anfängt, dann ist es ehrlich gesagt schwer, irgendwo aufzuhören. Das muss man schon vom Erwartungsmanagement her einfach so sagen.

Ich glaube auch – da sind wir uns auch einig –, dass die Frage der Modernisierung des Lehramtsstudiums und des Berufs sicherlich eine quantitative Sache ist, aber eben auch eine qualitative. Mein Eindruck ist – auch sieben Jahre lang aus der Praxis heraus –, dass die Frage: Wie kann ich mich vor allem als junger Kollege auch pädagogisch entwickeln? – eine ganz entscheidende ist. Gehe ich in die Schule, um Feuerwehr zu spielen, oder gehe ich rein, um mich auch zu entwickeln? Das hat dann sicherlich auch mit Teilzeit zu tun, aber das ist eine ganz elementare Frage, die sich eben nicht nur quantitativ messen lässt, sondern auch die Frage aufwirft: Wie viel Raum geben wir eigentlich? Was ist vielleicht auch eine neue Definition, die vielleicht wissenschaftlich schon viel weiter ist als in der Praxis, von Lehrerinnen und

Lehrern? Ich glaube, um es zugespitzt auf einen Satz zu bringen: Heute wird nur Lehrer, wer Überzeugungstäter ist.

Die müssen wir weiter halten, und denen müssen wir nicht nur Rahmenbedingungen wie zeitliche Entlastungen oder mehr Geld geben, sondern auch den Raum für pädagogische Entwicklung. Da wurde ganz viel genannt: Multiprofessionelle Teams – ich glaube aber auch, dass wir grundsätzlich darüber reden müssen.

Ich mache mal weiter. Herr Meidinger, ich kann Ihnen nur recht geben: Keine Senkungen der Qualitätsstandards, das sehen wir vonseiten der SPD-Fraktion ganz genauso. Ich würde da gerne noch ergänzen, dass wir auch die Teilzeitquote nicht antasten. Wir finden das richtig, dass die Kolleginnen und Kollegen sagen: Wir können nur so viel arbeiten! –, und wir möchten an der Stelle auch ganz klar der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK widersprechen; auch keine Verlagerung ins Digitale – was ja auch diskutiert wird –, dass man, vor allem für die Oberstufe, einfach den Weg ins Digitale geht. Das finden wir an der Stelle tatsächlich auch unter dem Dach Senkung der Qualitätsstandards, was wir sehr kritisieren und wogegen wir uns sehr wehren.

Herr Schurig hat die Zügigkeit der Schulen und die begrenzten Räume angesprochen. Hier sieht man eben auch die Brücken zu anderen Themen. Die Frage von Räumlichkeiten, auch der Schutz der Qualitätsstandards im Baulichen, ist ein ganz wesentlicher Punkt. Ich glaube, dass wir hier mit dem Sonderbaurecht der Schulen, das jetzt auf Bundesebene neu gefasst wurde, vielleicht auch noch einmal neue Wege gehen können. Ansonsten, bevor ich zu den Fragen kommen – ich weiß, die Zeit läuft – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ja, sie ist schon abgelaufen.

Marcel Hopp (SPD): Okay. – Ich glaube, eine Sache, die wir hier nicht angesprochen haben, ist, dass wir in der Praxis eine Menge an Unterrichtsausfall und auch Begrenzungen der Stundentafel haben. Worüber wir nicht reden und vielleicht mehr reden sollten, ist tatsächlich die Infragestellung der Stundentafel, wie wir sie haben, weil wir hier einen Bedarf erzeugen, der in der Praxis an vielen Punkten nicht erfüllbar ist. Ich glaube, dass das eine Debatte ist, die sich – auch verbunden mit dem Raum für Lehrkräfte – tatsächlich lohnt.

So, dann kommen wir kurz zu meinen Fragen: Ich würde die Verwaltung um eine Klarstellung in Bezug auf die Äußerung von Herrn Zimmerschied bitten, dass die Sorge da ist, dass die Umwandlung von Stellen nicht temporär ist. Unserer Fachansicht nach ist das eben nur temporär möglich. Wir sehen hier ein wichtiges Instrument. Was wir in der Praxis an die Schulleitungen appellierend zurückgeben würden: Bitte nutzen Sie dieses Instrument mehr! Vielleicht braucht es hier einfach eine Klarstellung.

An Frau Jehnicke und Herrn Schurig – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich habe die Linksfraktion bei Minute vier unterbrochen und mache das hier genau gleich und deshalb: kurz, knapp und präzise, darum nicht weniger wichtig. – Bitte sehr!

Marcel Hopp (SPD): Ja, fair enough. Es sind zwei Fragen. Danke schön! Entschuldigen Sie bitte! – Frau Jehnicke und Herr Schurig! Was empfehlen Sie an Steuerungsinstrumenten und auch an personellen Kompensationsmöglichkeiten abseits der Steuerung von Lehrkräften, insbesondere für Schulen am Stadtrand und in herausfordernden Lagen? An die Verwaltung:

Ich bitte noch um eine Einschätzung, inwiefern sich das Startchancen-Programm, das gerade auf Bundesebene verhandelt wird, eventuell auch positiv auf die besprochene Personallage auswirken könnte. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke Ihnen, Herr Hopp! – Wir machen weiter mit Herrn Weiß. – Bitte sehr!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Bevor ich zu den Fragen komme, nutze ich meine kurze Zeit an dieser Stelle, um Herrn Meidinger als scheidendem Präsident des Deutschen Lehrerverbands im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für seine Arbeit zu danken. Der Presse war zu entnehmen, dass Sie dieses Amt Ende des Monats abgeben. Sie waren ja sehr oft der durchaus unangenehme Stachel im Fleisch der Bildungspolitik. Von unserer Fraktion alles Gute für Ihren weiteren Werdegang und Ihrem Nachfolger eine glückliche Hand!

Zu meinen Fragen: Es wurde jetzt schon sehr oft angesprochen, und auch mir soll es im Wesentlichen um die Attraktivität des Lehrerberufes gehen. Um Lösungsansätze generieren und den Fachkräftemangel bekämpfen zu können, steht unserer Meinung nach die Attraktivität des Lehrerberufs an erster Stelle. Herr Meidinger hatte einen sehr großen Bogen gespannt, auf den ich kurz eingehen möchte. Die Herausforderungen an den Lehrerberuf – wenn man das so sagen darf – waren wohl noch nie so groß wie in der heutigen Zeit. Wir haben bundesweit 200 000 ukrainische Kinder und Jugendliche in unsere Schulen aufgenommen. Das Schulsystem leidet immer noch an den Nachwirkungen der Coronamaßnahmen. Wir haben schlechte Lese- und Matheergebnisse bei Grundschulern und durch eine immer höhere Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund immer heterogener werdende Klassenverbände und die in diesem Zusammenhang stehenden Herausforderungen und Probleme, mit denen Lehrer abseits dessen, was damit ansonsten noch im Berufsfeld verbunden ist, konfrontiert werden.

Das führt mich zu meiner ersten Frage an Herrn Meidinger: Wie nehmen Sie eigentlich das Problembewusstsein der verantwortlichen politischen Entscheidungsträger wahr? Das sollte ja im Prinzip die Grundlage für die Problemlösung sein, dass die Probleme überhaupt erkannt werden. Wenn sie – wie im November 2022 geschehen – sagen: „Eine entscheidende Ursache für den Leistungsabfall an Grundschulen ist der in den letzten 10 Jahren um über 50 Prozent gestiegene Anteil von Schülern mit Migrationsintergrund“, und die heutige Berliner Bildungssenatorin, damals noch Abgeordnete, auf Ihr Zitat im Plenum antwortet, das wäre „unterirdisch, unanständig und vollkommen abwegig“, dass die 50 Prozent Leistungsabfall auf eine Steigerung der Migrationsquote an unseren Klassen zurückzuführen ist, würde mich interessieren, wie Sie diesen Sachverhalt vor dem Hintergrund des Problembewusstseins bewerten.

Die zweite Frage geht auch an Sie. Sie haben vorgeschlagen – auch gerade hier in der Anhörung –, Werbeplakate an Schulen anzubringen. Das klingt jetzt vielleicht auf den ersten Blick etwas profan, geht für mich aber in die Richtung, die Sie ansprachen mit tiefer bohren – also wie kommen jungen Menschen überhaupt zum Lehrerberuf, und sollte man da nicht ansetzen? Ihr Nachfolger hat vor einigen Tagen ein Interview in der Presse gegeben, in dem er die Bundeswehr mit ihrem Spruch „Wir dienen Deutschland“ als positives Beispiel angeführt und darauf verwiesen hat, dass Lehrer das im Prinzip auch tun würden, also der Gesellschaft dienen; und als negatives Beispiel – das geht in die Richtung dessen, was wir hier auch schon

gehört haben –: die Kampagne des bayerischen Kultusministeriums mit dem Spruch „Möchten Sie vormittags arbeiten und nachmittags frei haben?“. Das führt mich in dem Zusammenhang darauf zurück, dass wir in Berlin auch die Grundschullehrer bereits mit A 13 besolden, und ich meine mich an eine Ausschussanhörung mit Herrn Zimmerschied zu erinnern, in der er davon sprach, dass er mit Lehramtsabsolventen konfrontiert ist, die dann in dem Bewerbungsgespräch sagen, dass das Geld eigentlich so ausreichend sei, dass sie nur noch halbtags arbeiten möchten, um einfach flexibler zu werden. – Da stellt sich für mich einfach die Frage, wie man genau den Weg voranbringen kann, der auch bereits angesprochen wurde: dass man jungen Menschen dieses Ideal des Lehrerberufes wieder mit auf den Weg gibt, auch vor dem Hintergrund, dass dieser Idealismus aufgrund der Situation auch der Problemschulen in Berlin dann sehr oft auf den harten Boden der Realität aufschlägt. Vor dem Hintergrund im Hinblick auf die Attraktivität des Lehrerberufs also noch einmal die Frage an Sie alle: Wie können wir den auch flexibler machen, um solchen Vorstellungen des zukünftigen Berufes auch Rechnung tragen zu können?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Lieber Herr Weiß, wir sind bei vier Minuten, also schon eine Minute drüber.

Thorsten Weiß (AfD): Dann stelle ich nur noch eine Frage.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das wäre toll – die letzte Frage. Wir lernen, uns zu priorisieren – wunderbar.

Thorsten Weiß (AfD): Dann nur noch eine Frage, den Rest hebe ich mir für die zweite Runde auf, zum Thema kleinere Klassen: Wir hatten ja gerade erst die Demonstrationen. Jetzt kann man den Lehrern natürlich nicht auf die Schnelle kleinere Klassen anbieten. Herr Schurig hat es erwähnt: Die Schulen haben im Prinzip einen Klassenzug Überbelegung. Aber was kann man den Lehrern denn Ihrer Meinung nach alternativ zur Entlastung offerieren? Weniger Gremiensitzungen? Weniger Sozialarbeit, vielleicht auch Erleichterung der Unterrichtsvorbereitung durch homogenere Klassenzusammensetzungen? Vielleicht können Sie in dem Zusammenhang noch einmal beschreiben, was Ihre Lösungsansätze diesbezüglich wären. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Weiß! – Es geht weiter mit Frau Lasić. – Bitte sehr!

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank! – Auch ich will auf das Thema Steuerung eingehen. Es ist kein Geheimnis, dass wir die Rücknahme der Steuerungsabsicht SPD-seitig bedauert haben, gerade mit Blick auf die Lage der Randbezirke. Wir haben uns in der Presse auch entsprechend kritisch geäußert. In dem Zusammenhang wurde uns gegenüber seitens der Presse geäußert, dass trotz der Rücknahme der Steuerung aus der Breite keine Fälle bekannt seien, die aufgrund dieser Rücknahme nicht mehr bei den Schulen angekommen seien – eben wo der Bedarf ist –, sondern, dass sich diese Rücknahme der Steuerung eigentlich nicht nachweisbar negativ auswirkt, gerade auf die Schulen in Randlagen. Deswegen meine explizite Nachfrage an Frau Jehnicke und Herrn Schurig: Können Sie diese Sichtweise bestätigen, oder haben Sie angesichts der Rücknahme der Steuerung zusätzlich zu der sowieso vorliegenden Mangellage, in der Sie sind, noch einmal einen zusätzlichen Effekt wahrgenommen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Da haben wir auf jeden Fall wieder ein paar Minuten herausgeholt. Lieben Dank, Frau Lasić! – Dann machen wir weiter mit Herrn Bocian. – Bitte sehr!

Lars Bocian (CDU): Recht herzlichen Dank! – Ich fasse mich auch kurz. Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich möchte mal auf Tagesordnungspunkt 3 c eingehen. Der Bericht der Schülerzahlen dort ist ja auch in Sachen Lehrermangel sehr interessant. 2030 werden 50 000 Schulplätze fehlen. Wir müssen und werden ganz viele neue Schulen bauen. Sie haben es vorhin erwähnt: Der Wohnungsbau läuft dem Schulbau davon. Wir werden also ganz viele Wohnungen bauen, das ist in Berlin auch gewollt. Da hätte ich gerne mal Ihre Einschätzung, wie Sie das sehen, also 50 000 Schulplätze müssen bis 2030 geschaffen werden – wie nimmt das Einfluss auf den Lehrermangel und die Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen?

Ich würde gerne, vielleicht von Ihnen, Herr Zimmerschied, eine Einschätzung hören, welche Rolle der Arbeitsweg für Lehrer spielt – wie lang der ist, wie bequem der ist. Wir haben ja auch eine Abwanderung nach Brandenburg. Es freut mich zu hören, dass Herr Zimmerschied berichten konnte, dass vielleicht auch eine Rückwanderung nach Berlin stattfindet. Das ist positiv, und das sollten wir auch auf jeden Fall unterstützen. Da ist die Frage: Haben Sie Ideen, zum Beispiel vergünstigte Tickets für den ÖPNV oder Parkplätze hinter der Schule, damit die Lehrer aus Brandenburg auch wieder den Weg zurück nach Berlin finden, weil der Arbeitsweg bequemer wird?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Bocian! – Ich würde hiermit die erste Rederunde schließen wollen, denn auch in der zweiten Runde sind noch mal Frau Brychey, Frau Schedlich, Herr Weiß und Frau Burkert-Eulitz dran. Ich würde jetzt wie vereinbart mit Herrn Zimmerschied beginnen und dann rückläufig Herrn Schurig, Herrn Meidinger, Frau Jehnicke und Herrn Erdmann zur Beantwortung der Fragen aufrufen. Dann werden wir uns in einer kurzen, knappen, wirklich sehr disziplinierten zweiten Rederunde noch einmal weiter der Thematik widmen. – Herr Zimmerschied, bitte sehr!

Sven Zimmerschied (BISSS; Vorsitzender / Friedensburg-Oberschule; Schulleiter): Es wurde ja von mehreren das Thema Steuerung aufgeworfen. Die Steuerung, die am Anfang geplant war und auch durchgeführt wurde, war diese 96,3-Prozent-Steuerung. Frau Jehnicke, Sie sehen das vielleicht ein bisschen anders, aber damals haben alle Schulleitungsverbände in ein Positionspapier geschrieben, dass wir das als sehr kontraproduktiv empfinden oder auch wahrnehmen. Ich gebe mal ein Beispiel: Die Senatsverwaltung hat versucht, 52 Referendarinnen und Referendare, die jetzt fertig werden, von Schulen, die über 96,3 Prozent liegen, an Schulen in Neukölln umzulenken. Von diesen 52 – oder 53 waren es – sind null angekommen. Diese Art der Steuerung funktioniert schlicht nicht. Die Personen gehen dann in andere Bundesländer, oder sie gehen gar nicht in den Beruf hinein. Ich habe vorhin schon einmal dieses Beispiel gebracht. Dann warten die halt ab. Heutzutage kann man auch anders Geld verdienen. Man geht nicht in den Beruf hinein. Man geht erst dann hinein, wenn man die Schule bekommt, die man will. Das ist das Problem bei diesem Arbeitsmarkt. Deswegen sind die Steuerungsmöglichkeiten sehr begrenzt. Man muss steuern, das ist mir auch klar. Man kann vielleicht bei nicht initiativen Bewerbern steuern, und man kann bestimmt bei Referendaren noch einmal genauer hinschauen und so weiter. Da muss man aber sehr vorsichtig vorgehen. Das ist im Augenblick das Problem.

Ich habe von Sekundarschulen keine Rückmeldungen, dass sich diese Aufhebung negativ ausgewirkt hätte. Man weiß das als Schulleitung aber vielleicht auch gar nicht immer, weil die Bewerberinnen und Bewerber das nicht sagen. Die sind ja heute so, die gucken sich natürlich mehrere Schulen an, und am Ende sagen sie einem vielleicht nicht zu. Dann kenne ich den Grund gar nicht.

Dann wurde ja von mehreren Personen zur Absenkung der Stundentafel gefragt. Ich sage mal, formal ist das möglich. Herr Duveneck könnte das bestätigen. Ich glaube, laut Sekundarstufe I-Verordnung ist das schon möglich. Man kann das als Schule auch legal machen. Vielleicht müsste die Senatsverwaltung das bloß mal klarer machen oder da auch ein bisschen offener sein. Ich denke, nicht alle Schulaufsichten würden das so sehen. Da bin ich ziemlich überzeugt.

Herr Krüger! Sie hatten noch etwas zur Reduktion von Klassenarbeiten gesagt. Das ist im Augenblick noch nicht möglich. Allerdings muss man auch sagen, dass Klassenarbeiten nur die Hauptfächer und die Wahlpflichtfächer betreffen, alle anderen Unterrichtsfächer nicht. Dann kam von Frau Burkert-Eulitz die Frage: Was können wir tun, damit die Arbeit wieder mehr Spaß macht? Sie haben das im Zusammenhang mit multiprofessionellen Teams erwähnt. Das Problem vieler Schulen ist natürlich: Jetzt noch neue Konzepte zu entwickeln, ist aufgrund der Arbeitsbelastung schwierig, ist aber auch demotivierend. Wir kämpfen im Augenblick aufgrund des Personalmangels und des Raummangels eher darum, unsere pädagogischen Konzepte halten zu können. Wir bekommen immer mehr Schüler rein und so. Damit müssen Sie ja klarkommen. Wenn Sie Inklusion besonders gut umsetzen wollen, brauchen Sie Teilungsräume und all so etwas. Das ist im Augenblick für die Schulleitungen oder überhaupt für die Kollegen an den Schulen eher unser Kampf: die pädagogischen Konzepte, die wir haben, überhaupt noch halten zu können.

Die multiprofessionellen Teams, die immer gefordert werden: Vielleicht funktioniert das nicht an jeder Schule gut, aber das ist bei mir an der Schule selbstverständlich, dass die Erzieher da mitarbeiten, mit einbezogen werden und in den Teams mit drin sind. Das ist eigentlich da, und natürlich holen wir uns Leute von außen für Kulturprojekte und so. Das machen wir ja schon alles. Da jetzt aber noch einmal neu extra etwas draufzusetzen, ist im Augenblick fast nicht drin.

Frau Brychcy hatte etwas zur Kündigung junger Kolleginnen gefragt. Ich habe es ja beschrieben: Das ist ein Problem. Das ist jetzt noch nicht reihenweise, aber es gibt andere Schulen, die mir das auch schon mitgeteilt haben, dass so etwas vorkommt. Für mich war das neu, dass Leute kündigen. Das erlebe ich bei mir an der Schule sonst nicht. Die tun das aber auch sehr reflektiert, das muss man sagen. Ich muss denen ja fast recht geben. An deren Stelle hätte ich es in dem Alter vielleicht auch gemacht. Jetzt hänge ich ein bisschen zu sehr an meiner Schule. Das wird zu einem Problem werden. Ich habe es ja auch in dem Zusammenhang mit dem Steuern: Ich warte dann halt ab, ich gehe nicht den Beruf hinein, ich verdiene anders Geld und gehe erst dann hinein, wenn ich bekomme, was ich will.

Zu diesen temporären Umwandlungen: Wirklich viele Kollegen – ich hatte letzte Woche gerade eine Vorstandssitzung unserer Schulleitervereinigung – sind da sehr zurückhaltend, weil sie wirklich diese Bedenken haben. Ich weiß, Herr Blume und Herr Duveneck würden jetzt etwas anderes sagen: Dann schicken wir die an eine andere Schule oder so! – Aber wenn viele

Schulen umwandeln, können wir die nicht an andere Schulen schicken. Das sind die Bedenken, die es da im Augenblick oft gibt. Wir zum Beispiel sind fast in der Vollausstattung. Das liegt aber auch daran, dass bei uns massiv die Sprachförderung zusammengekürzt wurde. Ich habe dadurch allein fünf Lehrervollzeitstellen verloren. Ich bin fast in der Vollausstattung. Ich darf nicht umwandeln. Das geht dann wiederum nicht.

Vielleicht zu Herrn Weiß: Sie haben gesagt, das Ideal des Lehrerberufs hochhalten – wie man das bewerben kann. Es ist so: Viele Lehrkräfte, auch junge Lehrkräfte, sind in diesem Beruf sehr idealistisch, davon bin ich überzeugt, aber auch nicht so, dass sie deshalb sagen: Ich gebe mein Privatleben auf. – Wir sind an diesem Punkt, dass man heute als Lehrer – – Ich habe unter der Woche als Schulleiter kein Privatleben, das gibt es nicht; ich habe das höchstens mal am Wochenende, aber auch nur, weil ich nicht so viel korrigieren muss wie andere Lehrkräfte. Das ist schwer. Ich glaube, viele Kollegen wollen diesen Beruf schon. Denen ist auch klar, dass er für diese Gesellschaft sehr wichtig ist, aber ich glaube, wir müssen das noch viel mehr nach außen tragen, wie Sie gesagt haben, jetzt nicht mit so einer blöden Kampagne „nachmittags zu Hause“ – das geht an der Realität Berliner Lehrer vorbei. Wir müssen das aber wirklich – ich habe das vorhin auch in meiner Rede gesagt – viel aktiver bewerben, dass es das auch wirklich ist. Wir müssen das auch in den Schulen selbst viel stärker diskutieren, damit wir uns das immer wieder bewusst machen, dass wir hier eine gesellschaftlich absolut notwendige Aufgabe machen und dass es ohne unsere Schulen ganz anders aussehen würde. Ich hatte mal einen ganz Oberen von der Polizei zu Gast, der hat sich echt bei mir bedankt. Wir verhindern, zum Beispiel durch Ganztagschulen, Kriminalität.

Zum Schluss kam noch die Frage zum Arbeitsweg, zur Wohnung. Lehrer verdienen sehr viel, das können wir gar nicht anders sagen. Wir haben aber zum Beispiel einen jungen Kollegen, dessen Frau gesundheitsbedingt nicht arbeitet; der überlegt jetzt wirklich, Berlin zu verlassen und nach Leipzig zu gehen, weil ihm die Wohnungskosten hier zu hoch sind. Das ist ein Problem. Wir können dem nicht einfach einen Zuschuss zahlen, das ist mir auch klar. Deswegen sollte man wirklich mal überlegen. Herr Hopp sagt: Fangen wir mit den Lehrern an, müssen wir mit anderen Berufsgruppen weitermachen. – Lehrer sind aber eine besondere Berufsgruppe. Vielleicht fangen wir doch damit an, denen ein paar Wohnungen zu besorgen oder sie dabei zu unterstützen. Ich habe auch viele Kollegen, die aus Brandenburg kommen, die diesen Arbeitsweg nicht scheuen. Das ist sehr unterschiedlich. Ich glaube, mehr Parkplätze bringen jetzt nicht so viel – also zu mir in die Innenstadt kommt man mit dem Auto nicht besonders effektiv –, aber das ist sehr von der jeweiligen Situation der Lehrkraft abhängig. Ältere Kollegen, die keine kleinen Kinder mehr haben, nehmen auch längere Arbeitswege in Kauf. Die ziehen dann teilweise auch nach Brandenburg raus, da ist das überhaupt nicht das Problem, aber wie gesagt: Ich habe vorhin schon andere Vorschläge gemacht, wie wir die Attraktivität des Berufs erhöhen können, und in diese Richtung muss man auf jeden Fall denken.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Zimmerschied! – Dann machen wir weiter mit Herrn Schurig. – Bitte sehr!

Hartmut Schurig (Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Marzahn-Hellersdorf; Vorsitzender): Ich habe mir vier Stichworte notiert. Das Wort Steuerung ist mehrfach gefallen und ist heute, glaube ich, auch das Thema. Zum Begriff Steuerung sage ich noch einmal ganz grundsätzlich: Wir haben als Personalrat das Thema aufgegriffen, als die Presseerklärung der Senatsverwaltung herauskam, dass Steuerung nicht mehr stattfinden wird. Was hat stattgefunden

den? – Das wurde eben schon gesagt: eine Deckelung bei knapp über 96 Prozent, und dann gab es irgendwie den Versuch einer Umverteilung. Das sage ich mal so ganz vorsichtig. Der hat manchmal funktioniert, vielfach vielleicht nicht. Ich müsste an der Stelle glatt noch mal meine Schulaufsicht nach Details fragen, um die eine detaillierte Frage hier beantworten zu können. Das kann ich im Augenblick nicht. Meine Dienststellenleiterin macht auf mich bislang den Eindruck: Da war eine Möglichkeit, die jetzt auch noch wegfällt. Damit sind wir in einer Problemsituation, in der überhaupt nicht mehr ersichtlich ist, wie die gelöst werden kann.

Wir wissen, wir schieben die Welle vor uns her. Von 2027 bis 2030 sind es bereits 2 500 Vollzeiteneinheiten, die nicht aufgefüllt werden können. Irgendwo werden die Lücken also sein. Wenn wir das jetzt ganz naturbelassen, zufällig sich auf die Stadt verteilen lassen, wie es die Absolventen gerade möchten, dann passiert das, was eben passiert. Es gibt Schulen mit einer ganz auskömmlichen Situation. Die lernen den Stress, über den wir hier reden, gar nicht kennen. Für die ist das gar kein großes Thema, und zwar über Jahre nicht. Für uns, die wir es immer wieder erleben, ist es ein ganz großes Thema. Ich glaube, das kann man nicht so dem Blindflug überlassen. Wir werden mit der wachsenden Mangellage zu einer sinnvollen und effizienten Form der Steuerung kommen müssen. Wir müssen uns darüber Gedanken machen: Was sind sinnvolle, effiziente Formen? Ich glaube, da ist noch ein großer Diskussionsbedarf. Da habe ich keine tollen Lösungsangebote, aber was wir aufgeschrieben haben, ist Folgendes: In der Ausbildung gibt es zwei Stellschrauben, an denen unseres Erachtens gedreht werden müsste. Das sind einmal die Schulpraktischen Seminare. Wir haben Plätze an Schulpraktischen Seminaren für acht an der Zahl; die gute Hälfte an Grundschulen, die andere Hälfte an Oberschulen. Davon sind im Augenblick noch zwei belegt, aber nicht – wie ich mich habe unterrichten lassen –, weil wir die Plätze nicht haben, sondern weil die Kollegen nicht hinkommen, aus welchem Grund auch immer. Da müsste eine Steuerung einsetzen. Das kann nicht einfach so gehen, wie es sich natürlich ereignet.

Die zweite Stellschraube bei den Menschen in Ausbildung betrifft die Praktika. Es müssen einfach alle Universitäten, die die Lehramtsausbildung machen, beauftragt werden, auch in allen Bedarfsregionen Praktika zu organisieren. Das ist im Augenblick – glaube ich, sagen zu können – nicht bei allen der Fall. Hier muss also nach einer gewissen Analyse klar sein: Da muss mehr hin, da muss mehr hin, und da muss mehr hin, damit ein Ausgleich stattfindet. Dann setzen auch – wie die Senatorin sehr deutlich sagte – Klebeeffekte ein, und man erfährt, dass auch in Spandau und Marzahn-Hellersdorf keine kleinen Kinder gequält werden, sondern dass das da ganz normale Arbeit bei einer normalen – ich sage mal vorsichtig: durchschnittlichen – Ausstattung sein kann.

Der zweite Punkt ist: Nach der Ausbildung, wenn die Kollegen das Zweite Staatsexamen haben, ist der zweite Weg wieder die Wahl der Kollegen selbst, sich irgendwo hinzuwenden, genau dasselbe Thema, glaube ich. Wenn wir das ganz naturbelassen so geschehen lassen, dann sind einige Regionen gut ausgestattet, andere sind schlecht ausgestattet, und das in den Bezirken selbst auch noch sehr different. Hier muss auch nach einer Analyse zugeteilt werden. Jetzt sage ich etwas ganz Unerhörtes – damit bin ich schon 2011 ziemlich auf die Nase gefallen –: Ich bin östlich sozialisiert, und für mich war es nach meinem fünfjährigen Studium ganz normal, wie für alle anderen Studenten auch, dass sie nach ihrem Studium für drei Jahre an einen Ort verpflichtet wurden und erst dann die Freiheit hatten, dort hinzugehen, wo sie hingehen wollten. Dass das nun gar nicht möglich sein soll – ich kann es mir nicht vorstellen.

Mal ohne Denkverbote auch dahin zu denken, vielleicht sogar solchen Kollegen, die dann verpflichtet werden, irgendwohin zu gehen, zu sagen: Nach drei Jahren habt ihr dann das bevorzugte Umsetzungsrecht nach Wahl! –, da könnte sich schon wiederum ein Klebeeffekt ereignet haben: Wir haben gelernt, auch hier kann ich gut arbeiten, es macht sogar Spaß. Ich brauche gar nicht mehr umgesetzt zu werden. – Vielleicht wäre das mal ein Gedanke, ein Instrument der Steuerung. – Das waren Instrumente der Steuerung.

Das dritte Stichwort: kleinere Klassen. Als Personalrat sage ich an der Stelle, kleinere Klassen sind selbstverständlich eine Maßnahme des Gesundheitsschutzes in der Arbeit. Das ist natürlich ein großer Traum. Als Gewerkschafter sage ich: Ich wünsche mir die Tarifierbarkeit, dass nicht immer irgendwer darüber befindet und das auch noch an die Beamten dranhängt, sondern dass hier tatsächlich über Verhandlungen herangegangen werden kann. Darüber, dass kleinere Klassen im Augenblick nicht wirklich ein realistischer Wunsch sind, macht sich ja niemand Illusionen; das ist ja klar. Nichtsdestotrotz ist der Wunsch berechtigt und die Forderung meiner Ansicht nach auch.

Letztes Stichwort: Stellenumwandlung. Das war für uns als Personalräte auch immer so ein wichtiger Punkt. Wenn Lehrkräftestellen umgewandelt werden, hieß es anfangs, werden sie für immer umgewandelt. Die Senatorin hat im letzten Gespräch ganz deutlich gesagt: Nein, das ist ein reversibler Prozess. – Ich habe das so aufgenommen und nehme das auch für bare Münze: Das ist reversibel. Dann können die Schulen tatsächlich überlegen: Wenn wir drei Stellen einfach nicht mit Lehrkräften besetzen können, weil die nicht kommen und nicht da sind, dann schauen wir, was wir an sonstigem Fachpersonal brauchen, das uns helfen kann, hier den Alltagsbetrieb zu lösen. Dann sollen Stellenumwandlungen stattfinden. Auch da hatte die Senatorin zugesagt: Das wollen wir öffnen, erweitern, auf weitere Möglichkeiten einfacher gestalten. Wenn es reversibel ist, kann man es auch wieder in die andere Richtung bewegen, wenn wieder mehr Lehrkräfte da sind. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke Ihnen, Herr Schurig! – Herr Meidinger, bitte sehr!

Heinz-Peter Meidinger (Deutscher Lehrerverband; Vorsitzender): Drei kurze Anmerkungen, und dann gehe ich noch kurz auf die Frage ein, auch wenn die ein bisschen vom Thema wegführt. Hier ist die Hoffnung geäußert worden, dass man vielleicht mit der Modernisierung des Unterrichts – hybride Unterrichtsformen, mehr eigenständige Arbeitsphasen von Schülerinnen und Schülern; Sie haben es nicht genannt, aber man hört ja jetzt auch: KI – Lehrkräftemangel langfristig bekämpfen oder dem begegnen könnte. Ich bin da sehr skeptisch. Ich glaube tatsächlich – das hat ja auch Corona gezeigt –, dass an der Präsenz von Lehrkräften und an der Wirksamkeit vom Präsenzunterricht nichts vorbeiführt, und zwar gerade für die Gruppen, die dann durch den Fernunterricht abgehängt worden sind und die spezielle Unterstützung brauchen. Ich habe da wenig Hoffnung, dass auch, wenn man über eine Modernisierung des Unterrichts immer nachdenken muss, hier für den Lehrkräftemangel entscheidender Einfluss entsteht.

Auch das Lehrerarbeitszeitmodell ist genannt worden. Wir haben einen ehemaligen Staatssekretär aus Berlin, der jetzt mit neuen Lehrerarbeitszeitmodellen durch die Lande zieht, Herr Rackles. Ich habe mit ihm schon öfter diskutiert. Aus Lehrerverbandssicht – ich weiß nicht, wie das die GEW sieht – möchte ich heftig davor warnen, zu glauben, mit einem neuen Leh-

rerarbeitszeitmodell generell einen Beitrag für die Entlastung von Lehrkräften beziehungsweise für mehr Attraktivität des Lehrerberufs leisten zu können.

Ich kenne das Modell in Hamburg. Das Problem ist – das dürfte ich hier jetzt, an die Politik gerichtet, gar nicht sagen –: Es bietet natürlich erheblich mehr Steuerungsmöglichkeiten für die Politik. Man kann durch die Faktorisierung die entsprechenden Zeiten für Korrektur, für Elterngespräche jeweils an den vorhandenen Lehrkräftebestand anpassen, aber in der Praxis gibt es hier auf keinen Fall eine größere Zufriedenheit als mit dem jetzigen Modell, das seine Nachteile hat – das gebe ich zu.

Stundentafel kürzen: Da erinnere ich daran, dass Berlin insbesondere bei der Grundschulstundentafel – und Deutschland generell mit seiner Halbtagsschule – sowieso am unteren Ende dessen ist, was unseren Kindern an Unterrichtsstunden zwischen sechs und, in Berlin, 12 Jahren geboten wird. Es gibt kaum ein Bundesland, das eine geringere Stundentafel hat. Ein oder zwei, glaube ich, gibt es. Wir sehen ja auch, dass bei der IGLU-Studie, also der letzten Grundschulstudie, herausgekommen ist, dass wir hier in Deutschland im Durchschnitt – ich habe es jetzt nicht auf Berlin heruntergebrochen, aber es ist sicher nicht besser – in der Woche 140 Minuten auf Leseunterricht verwenden, während es im europäischen Durchschnitt 200 Minuten sind. Ich fürchte, in Berlin kommen wir nicht mal auf diese 140 Minuten Leseunterricht. Also mein Appell: Finger weg von der Stundentafel!

Letzter Punkt: Ich weiß nicht, ob Sie gehofft haben, da in mir einen Bündnispartner zu finden, aber ich nehme gerne zu diesem Punkt Stellung, da das hier im Abgeordnetenhaus offensichtlich mal eine Rolle gespielt hat. Es geht um die Lernleistungen von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte. Ich sehe da jetzt nicht ein Problem, sondern ich sehe darin eine riesige Herausforderung, der wir nicht gerecht werden. Wir haben bei der letzten IQB-Studie den Ländervergleich gehabt, und da sieht man sehr schön, auch für Berlin, wie der allgemeine Rückgang ist und wie der Rückgang in den verschiedenen Kompetenzwerten ist – übrigens auch extrem in meinem Bundesland Bayern.

Da ist ein enormer Unterschied. In Bayern: Rückgang bei Orthografieleistungen der Kinder ohne Zuwanderungsgeschichte 2016 bis 2021 im Durchschnitt acht Punkte, bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte 58 Punkte. Für Berlin sind die Zahlen nicht viel besser. Das heißt, wir haben hier eine riesige Herausforderung, und ich wehre mich dagegen, dass bei dem Problem immer gesagt wird: Wir dürfen das nicht im Zusammenhang mit Defiziten diskutieren.

Wer Besserung erreichen will – und das müssen wir in dem Bereich –, der muss erst mal die Defizite benennen, dann kann er Lösungsstrategien bieten. Die Lösungsstrategien gibt es: verpflichtende vorschulische Sprachstandtests – und zwar flächendeckend und nicht nur so lückenhaft wie auch in diesem Bundesland –, verpflichtende anschließende Sprachförderung bei Defiziten und auch mehr Steuerung zwischen den verschiedenen Schulen bei der ausgewogenen Verteilung für die, die im System sind. Wir haben in Berlin ein extrem segregiertes Schulwesen, und es gibt genügend Studien, die nachweisen, dass das weder lern- noch integrationsfreundlich ist. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann Frau Jehnicke, bitte sehr!

Karina Jehnicke (Christian-Morgenstern-Grundschule; Schulleiterin): Ich kann da auch gleich anknüpfen, weil ich genau weiß: Wenn die Kinder bei mir eingeschult werden, hat die überwiegende Mehrzahl der Kinder wirklich einen Kitaplatz. Die bekommen einen, auch in Spandau. Nach Rücksprache mit den Kitaleitungen ist es aber so: Die Kinder kommen nicht regelmäßig. Das heißt, die Kitas machen Bildungsangebote, und die machen sie wirklich, und zwar an jedem Tag, auch für die Vorschulkinder, aber die Kinder kommen nicht. Die Eltern schicken sie an einem Tag und am nächsten eben nicht. Wenn sie nicht da sind, können die Angebote auch nicht wahrgenommen werden. Sie haben eben keinen kontinuierlichen Kitabe such, obwohl der Platz da ist. Da müsste es zumindest im letzten Jahr vor der Schule eine Verpflichtung geben, dass die Kinder kommen müssen, und es muss eine Konsequenz geben, wenn die Kinder von den Eltern nicht geschickt werden, weil sie zu Hause verschlafen, weil sie einen anderen Rhythmus haben, weil sie in den Urlaub fahren oder, oder, oder. Dieses Defizit setzen wir wirklich fort. Dann sind die Kinder, die zur Kita gegangen sind, eben trotzdem ohne die nötigen Voraussetzungen in der Schule. Die Kitas haben, zumindest in Spandau, nicht die Möglichkeit, die Kinder dann noch ein Jahr lang länger zu behalten. Ich bin auch unbedingt eine Freundin von Vorklassen. Da muss man ran. Sonst ist dieses Defizit, das die Kinder bereits aufgebaut haben, nicht mehr zu korrigieren.

Zu den Steuerungsmöglichkeiten wurde ich noch gefragt: Ich glaube, eine Möglichkeit ist es wirklich, dass man die Studierenden so früh wie möglich an die Schulen holt, und zwar berlinweit. Bei den Castings hat sich auch immer wieder das Problem gezeigt: Sie wollen auch deshalb nicht nach Spandau oder nach Hellersdorf, weil sie da letzten Endes nicht wohnen wollen. Sie wohnen in den anderen, hippen Bezirken Berlins und eben nicht in Spandau und nicht in Hellersdorf. Deshalb sehen die Bewerber ihren Arbeitsplatz auch nicht unbedingt in Spandau und Marzahn-Hellersdorf. Das sind die Gebiete, in denen am meisten Stellen nicht besetzt sind.

Ich wurde auch zur Attraktivität des Lehrerberufs gefragt. Ich finde, wir sagen zu selten, dass wir gut bezahlt werden. Die Lehrer werden gut bezahlt. Es ist auch ein Berufsfeld, das gut planbar ist. Wir wissen heute schon, wann in den nächsten drei bis fünf Jahren Ferien sind. Das wissen wir. Ich kenne meine Gehaltsentwicklung. Das weiß jeder andere Lehrer auch.

Egal, wie sich die Qualität seiner Arbeit verändert, weiß ein Lehrer heute schon, was er in den nächsten Jahren verdienen wird. Das kommt immer verlässlich zum gleichen Zeitpunkt, ohne dass man dafür etwas tut. Ich finde, das müssten wir auch viel stärker herausstellen. Ich sage das meinen Kollegen auch immer. Wenn man gut organisiert ist, dann kann man auch als Lehrer flexibel arbeiten. Ich habe eine Anzahl an Unterrichtsstunden. An der Grundschule sind das 28. Das ist ohne Frage viel – sicherlich auch für Brennpunktschulen wie meine zu viel –, aber ich als Lehrer kann mich entscheiden, wann ich diese Stunden vorbereite. Da kann ich mir Abendstunden raussuchen, nachdem ich um 15 Uhr oder 16 Uhr Schwimmbad war, oder ich kann mir am Wochenende einen Tag nehmen und die ganze Woche vorbereiten. Da gibt es schon auch eine Möglichkeit der Flexibilität.

Es war ja auch ein Vorschlag, dass man Versammlungen und Gremien digital macht. Das hört sich von außen immer so gut an, aber das Problem ist: Digital bedeutet, die Kollegen machen das digital zu Hause. An einer Schule wie meiner kann ich die Gremiensitzung, egal welche, wenn wir bis 16 Uhr Unterricht haben, frühestens um 17 Uhr oder 17.30 Uhr beginnen. Erst dann sind die Kollegen zu Hause. Wenn ich einige digital in der Schule zuschalte, ist das ja Quatsch. Das ist ja destruktiv. Ich muss also warten, bis die Kollegen zu Hause sind. Das heißt für mich als Schulleiterin: Ich fange morgens um 7 Uhr an, bin dann bis 20 Uhr oder 21 Uhr in der Schule, denn erst dann ist die Gremiensitzung vorbei. Da liegt der Teufel im Detail. Wenn ich so etwas vorschlage, sagen meine Kollegen natürlich Hurra, weil an gebundenen Schulen wie meiner der eine oder andere eben schon um 12 Uhr geht und dafür am nächsten Tag bis 16 Uhr arbeitet. Die sagen, das wäre gut, aber für die Schulleitung ist das eine echte Herausforderung, weil man dann ganz schnell 16-Stunden-Tage hat. Ich habe so wieso schon 12-Stunden-Tage. Das wird schwierig. Da muss man wirklich im Detail genau hingucken.

Die konkrete Frage zur Steuerungsrücknahme: Ich habe meine beiden Quereinsteiger gefragt – obwohl man das nicht fragen soll, aber ich habe sie gefragt –, und sie haben mir beide gesagt, sie haben sich an Schulen in ihrem Wohnumfeld beworben. Die hatten keine Möglichkeit, sie einzustellen. Das haben sie mir auch im ersten Gespräch gesagt. Deshalb haben sie auch mein Angebot angenommen. Dann hatten diese Schulen aber wieder ein Angebot, und da weiß ich, womit das zusammenhängt. Das hängt natürlich mit der Aufhebung der Steuerungsmöglichkeit zusammen. Da sind wir uns, glaube ich, einig.

Dann war die Frage, warum ich mich gegen die Kürzung der Stundentafel entschieden habe. Mein Vorredner hat schon einiges dazu gesagt. Für Schulen wie meine ist klar: Was ich und meine Kollegen den Kindern nicht als Bildungsangebot machen, das passiert in deren Leben nicht, denn meine Eltern können das nicht. Meine Eltern sind nicht in der Lage, ihre Kinder zu unterstützen, weil sie oftmals so eine schlechte eigene Bildungsgeschichte haben und mit dem Bildungssystem, aus dem sie kommen, schlechte Erfahrungen gemacht haben. Deshalb gibt es ja solche Ganztagschulen wie meine, und deshalb haben wir so eine wichtige Aufgabe, weil ihnen Bildungsangebote nur dort gemacht werden. Die Eltern gehen mit ihren Kindern nicht ins Kino, weil das Geld nicht reicht, weil sie nicht das Interesse haben – die streamen. Sie gehen nicht ins Theater. Sie machen keine Ausflüge ins Schwimmbad. Ich habe Kinder in der 3. Klasse, die waren noch nie in einem Wasserbecken. Die duschen zu Hause, aber in einem Wasserbecken, in einem Fluss, an einem Meer waren sie noch nicht. Die haben die erste Wasserbegegnung in einem öffentlichen Bad, wenn sie mit uns zum Schwimmunter-

richt gehen, weil die Eltern dieses Angebot einfach nicht machen. Darum ist es wichtig, dass wir das machen.

Ich widme natürlich Stunden um. Ich mache das schon lange. Ich habe auch multiprofessionelle Teams. Durch den gebundenen Ganztagsbetrieb hat jede Klasse einen Bezugserzieher. Der ist zwischen zehn und zwölf Stunden beim Unterricht seiner Klasse mit drin. Ich habe Pädagogische Unterrichtshilfen eingestellt. Im Moment habe ich durch Umwidmung drei, deren Arbeitsverträge übrigens unbefristet sind. Die haben unbefristete Arbeitsverträge. Da gibt es ein Formular, mit dem man die bei seiner Schulaufsicht beantragt. Aus diesem Formular geht hervor, dass die Pädagogischen Unterrichtshilfen unbefristete Arbeitsverträge bekommen. Die sind bei mir unbefristet, während bei den Pädagogischen Assistenten steht: auf zwei Jahre beschränkt. – Die erhalten eben auch nur diesen befristeten Arbeitsvertrag. Wenn das vom Senat wirklich anders geplant ist, müsste das auch deutlich gesagt werden und auch deutlich in den Formularen stehen. Im Moment gehen wir als Schulen wirklich davon aus, dass die Pädagogischen Unterrichtshilfen durch diesen unbefristeten Arbeitsvertrag dann auf dauerhaft umgewidmeten Stellen sitzen. Ich war auch bei dem Gespräch dabei, als sie sagte, das lasse sich wieder rückgängig machen. Ich gehe davon aus, dass sie dann auch ihr Wort hält, aber im Moment haben wir sowieso keine Lehrer, die ich auf die Stellen setzen könnte.

Dann war noch die Frage zum Runden Tisch. Der Runde Tisch ist ja meines Wissens – Sie können mich auch noch mal korrigieren – einberufen worden, um Maßnahmen zu ergreifen, die kurzfristig und ohne Gesetzesänderung ganz schnell umzusetzen sind. Wir haben aber in den ersten Runden trotzdem zunächst einmal alles gesammelt, was Schulen und Lehrer überhaupt belastet, und haben dann sortiert: Was lässt sich eventuell ohne irgendeine Gesetzesgrundlage verändern, ohne dass man ein anderes Ressort – wie zum Beispiel Finanzen – mit einbeziehen muss? Was ist also ganz schnell umsetzbar? Die andere Gruppe von Maßnahmen war die, wo Gesetzesänderungen nötig wären. Dazu zählte zum Beispiel auch die Anzahl von Klassenarbeiten. Da wurden schon alle Dinge benannt, aber wir haben uns geeinigt, dass der Runde Tisch zunächst mal die Aufgabe hat zu gucken, welche Maßnahmen sich ganz schnell umsetzen lassen, ohne dass man ein anderes Ressort miteinbeziehen oder Gesetze ändern muss, und die dann auch ganz schnell an den Schulen ankommen. – Dann habe ich, glaube ich, alles bedacht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Okay, danke Ihnen, Frau Jehnicke! – Dann würde ich sagen: Herr Erdmann. – Bitte sehr!

Tom Erdmann (GEW – Landesverband Berlin; Vorsitzender): Auf meinem Zettel steht auch eine Menge. Wir haben ja Regionen, wo es Schulen gibt, die immer noch aus dem Vollen schöpfen können, die die Lehrkräfte praktisch nach Bestenauslese auswählen können. Das sind natürlich meistens die Gymnasien, und zwar in Steglitz-Zehlendorf und vielleicht noch in Charlottenburg-Wilmersdorf. So eine Situation haben wir also immer noch. Die Regionen, die die hohen Bedarfe haben, haben wir ja gehört: Marzahn-Hellersdorf, mein eigener Arbeitsbezirk Neukölln, Spandau. Das sind ja die Bezirke, wo der Mangel besonders eklatant ist, wo an manchen Schulen teilweise über Jahre hinweg keine neue, ausgebildete Lehrkraft mehr über die Türschwelle getreten ist.

Moderne, zeitgemäße Pädagogik ist erst mal unmittelbar keine Arbeitsentlastung – so bitter es klingt. Ich sehe mich selbst natürlich auch als Bildungsgewerkschafter, und diese beiden Her-

zen schlagen in meiner Brust, also Bildungsgewerkschafter und Tarifgewerkschafter. Ich bin Verfechter moderner Pädagogik, aber wenn ich mir angucke, wie wir teilweise einen Rollback in der modernen Pädagogik erleben, dann blutet mir das Bildungsgewerkschafterherz. Ich glaube, mehr als die Hälfte der Grundschulen macht kein JÜL mehr. Die gehen zum jahrgangsbezogenen Lernen zurück, obwohl ich jahrgangsübergreifendes Lernen für eine pädagogische Errungenschaft halte und wir in meiner Schule sogar eingeführt haben: jahrgangsübergreifendes Lernen nicht nur für Klasse 1 bis 3, sondern auch noch 4 bis 6, und dann sollte es ja in die Mittelstufe reingehen. Das haben wir dann leider nicht mehr geschafft, weil das eben für die Kolleginnen und Kollegen eine zu hohe Arbeitsbelastung bedeutet.

Wegfall von Klassenarbeiten: Das mag ja für die eine oder andere Lehrkraft erst mal eine individuelle Entlastung bedeuten. Es gab zwei Dinge, die ich als Lehrer total ungerne gemacht habe: Das waren Aufsichten und das Korrigieren von Klausuren. Natürlich ist die Korrektur von Klausuren ein wichtiges Instrument, um den Lernfortschritt zu ermitteln. Wenn man Klassenarbeiten wegfallen lässt, braucht es ja eine alternative Rückmeldung für den Lernfortschritt für Schülerinnen und Schüler.

Ich bin auch der Überzeugung, dass das Instrument der Steuerung, so, wie es jetzt angedacht war, erst mal für die nächsten Jahre verbrannt ist, weil natürlich aus Sicht der Pädagogen klar ist – die Kolleginnen und Kollegen erleben es –: Der Druck muss nur groß genug werden, damit dieses Instrument wieder zurückgenommen wird. Dann passiert genau das, was Frau Jehnicke gerade sagte: dass die Kolleginnen und Kollegen dann doch irgendwo ein Angebot bekommen. Wir müssen uns ein deutlich anderes Instrument der Steuerung ausdenken, und Herr Zimmerschied hat ja angedeutet, wie so etwas aussehen kann. Klar, das tut weh, wenn man die Pflichtstundenzahl an den bestimmten Schulen reduziert beziehungsweise ein hohes Stundendeputat für Elterngespräche und für Lernentwicklungsgespräche und eben nicht für den Unterricht reserviert. Ich bin aber sowieso davon überzeugt, dass wir das Thema Arbeitszeitmodell von Lehrkräften in Kürze in diesem Raum neu besprechen müssen, weil das EuGH-Urteil immer noch nicht in geltendes Recht umgewandelt wurde, also dass die Staaten der Europäischen Union verpflichtet sind, Regelungen zu erlassen, dass die vollständige Arbeitszeit erfasst werden muss. Das ist ja mit dem Pflichtstundenmodell momentan – 26 Stunden an ISSen und Gymnasien, 28 Stunden an Grundschulen und 32 Stunden für Lehrkräfte für Fachpraxis – nicht getan. Das heißt, irgendwann, wenn dann die Gesetzeslage so ist, werden wir hier wieder über Arbeitszeitmodelle von Lehrkräften reden.

Auch noch mal zum Thema Verbeamtung; das will ich mir jetzt auch nicht nehmen lassen: Die DV Umsetzungen gilt für Angestellte wie für Beamte gleichermaßen. Nur, weil jemand angestellt ist, hat er nicht eine größere Chance, nicht umgesetzt zu werden, als eine verbeamtete Lehrkraft. Das nur so zur Einordnung.

Ich wurde auch zum Praxissemester gefragt. Momentan ist es so: Das gibt es ja nur im Wintersemester. Also jetzt im Oktober, glaube ich, geht die Runde mit dem Praxissemester wieder los. Es ist nicht sachlogisch, dass es nicht auch im Sommersemester angeboten werden kann. Damit kann man es dann zeitlich noch flexibler gestalten. Ich sagte ja in meinem Eingangsstatement, dass die Studierenden sich zu Recht beklagen, dass das so eng getaktet ist. Die haben keine Chance, nebenbei noch zu arbeiten und dann ihre Miete zu finanzieren. Von daher wäre es auch sinnvoll, das Praxissemester zu entzerren, also flexibler zu gestalten, vielleicht auf zwei Semester zu legen, sodass dann die Studierenden nebenbei entweder noch Lehrver-

anstaltungen besuchen oder arbeiten können – oder Sie nehmen das Geld in die Hand und setzen das Stipendium auf.

Ich glaube, in dieser Himmelsrichtung – dort – ist die Charité. Wenn man da vorbeiläuft, sieht man, dass die Charité mit einem Tarifvertrag Entlastung um Fachkräfte wirbt. Der Personalschlüssel Pflegerinnen und Pfleger zu Betten ist im Tarifvertrag mit der Verdi abgeschlossen worden. Die haben ja denselben Fachkräftemangel wie im Lehrkräftebereich. Die Charité wirbt als Arbeitgeber mit diesem Tarifvertrag. Ich würde mir wünschen, dass in der Bernhard-Weiß-Straße irgendwann auch mal so ein Transparent hängt, dass dieser Tarifvertrag Gesundheitsschutz dazu dient, Fachkräfte zu binden. Wir verschließen uns natürlich auch nicht der Realität. Wir wissen, dass der Lehrkräftemangel erdrückend ist, aber den Einstieg wollen wir haben. Das kann ja über einen Stufenplan hin zu kleineren Klassen kommen.

Ich wurde auch gefragt, was man sich noch für Lehrkräfte mit internationalen Abschlüssen vorstellen kann. Das Problem ist in der Tat, dass das deutsche Lehramt hochanspruchsvoll ist. Dementsprechend ist auch die Bezahlung international mit die höchste. Zwei Fächer, zwei Staatsexamen: Das gibt es, glaube ich, in keinem anderen Staat dieser Welt. Dementsprechend ist es für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, auch so schwer, hier in eine Laufbahn zu rücken. Was wir uns aber vorstellen können, ist, dass diese Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern analog zum Quereinstieg Ermäßigungsstunden für die berufsbegleitenden Studien bekommen; dass sie also auch eine volle Stelle haben, aber nebenher berufsbegleitend studieren. Das ist ja bei den Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern auch möglich. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum, wenn jemand für das Lehramt ISS und Gymnasien ausgebildet wird, für beide Fächer die Fakultas für die Sekundarstufe II vorliegen muss. Es würde aus unserer Sicht auch reichen, die Fakultas in einem der beiden Fächer vorzuweisen, sodass man da vielleicht auch noch die eine oder andere Kollegin oder den einen oder anderen Kollegen dazu bringen kann, in die volle Laufbahnbefähigung zu kommen.

Zum Thema Verbeamtung ist mir gerade noch eine Notiz unter die Augen gekommen. Bei der Festsetzung der Berufserfahrung, also der Stufenzuordnung, wird jetzt bei der Verbeamtung von Kolleginnen oder Kollegen, die im Quereinstieg waren, die komplette Berufserfahrung aus dem Quereinstieg nicht anerkannt. Die Kolleginnen und Kollegen sollten ja bedarfsdeckend unterrichten, aber die Zeit, die sie dann im QuerBer-Programm oder im Quereinstieg waren, teilweise Jahre, wird für die Stufenfestsetzung bei der Verbeamtung nicht angerechnet. Das ist auch eine Hürde, die es nicht sonderlich attraktiv macht, hier in Berlin in der Schule zu arbeiten. – Es gab auch den Vorschlag, für Lehrkräfteautos Parkplätze hinter den Schulen zu errichten. Ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen mit dem Fahrrad fahren. Man kann sich ja durchaus auch mit dem Ausbau von Fahrradwegen einen attraktiven Weg zur Schule bahnen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Damit gebe ich dann das Wort an den Senat und zu Beginn an unsere Staatssekretärin Frau Henke. – Bitte sehr!

Staatssekretärin Christina Henke (SenBJF): Vielen Dank, liebe Vorsitzende! – Jetzt erst mal kurz durchatmen, es war doch sehr viel, aber ich versuche das jetzt mal chronologisch.

Grundsätzlich – ich habe jetzt ein bisschen gesammelt –: Es gibt viele und gute Maßnahmen gegen die Mangelsituation. Diese wollen wir auch fortsetzen, verstärken und weitere Maß-

nahmen ergreifen. Um ein paar Maßnahmen zu nennen, die schon umgesetzt wurden: Die Grundschullehrkräfte wurden in die A 13, E 13 angehoben. Der Berlin-Tag – das ist die größte Informationsmesse zu pädagogischen Berufen in Deutschland – findet zweimal jährlich statt. Die Einstellung von Masterstudentinnen und -studenten im Rahmen des Programms „Unterrichten statt ...“ wird durchgeführt. Auch die Einstellung von Masterstudentinnen und -studenten im Rahmen des Programms „Fördern statt ...“ gibt es. In allen Schulen können multiprofessionelle Teams zur Entlastung der Lehrkräfte eingesetzt werden. Verwaltungsleitungen gibt es an Berliner Schulen. Die Eröffnung und breite Etablierung von Quereinstieg und Seiteneinstieg wurden ermöglicht. Die Ausweitung der Studienplatzkapazitäten an den Berliner Universitäten zur Lehrkräftebildung ist ein großer Themenbereich und wird auch bearbeitet. Besonders das Instrument der Verbeamtung – und das ist sehr wichtig – und der Nachteilsausgleich für tarifbeschäftigte Lehrkräfte sollen nunmehr schnellstmöglich umgesetzt werden. Der bestehende Quereinstieg wird verstetigt, und der Quereinstieg von Ein-Fach-Lehrkräften in Mangelfächern – das wurde hier auch des Öfteren thematisiert – wird zusätzlich zu den Mangelfächern geprüft. Darüber hinaus wird die Entbürokratisierung und Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse geprüft, um auch internationale Fachkräfte leichter zu gewinnen – hier vielleicht noch eine kleine Klammer: auch ukrainische Lehrkräfte. Der Aufwuchs multiprofessioneller Teams an den Schulen wird ausgeweitet, und im Schuljahr 2023/2024 können freie Lehrkräftestellen auch in Stellen für Logopäden, Ergotherapeuten, Lerntherapeuten, Musiktherapeuten und Pädagogische Assistenzen umgewandelt werden. Der Senat wird alle Möglichkeiten nutzen, um Maßnahmen gegen die bestehende Fachkräftemangelsituation im Bereich der Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Personals umzusetzen.

Jetzt wurden konkrete Fragen zur Steuerung thematisiert. Auch die Debatte hier hat, glaube ich, gezeigt, dass die Medaille zwei Seiten hat. Gerade dieses Instrument hat viele Befürworter und auch Kritiker. Es gibt bis jetzt keine Datenerfassung, aus der man ganz konkret sagen kann: Frau XY hat sich in Berlin beworben, hat die Stelle nicht bekommen und geht jetzt nach Brandenburg. – Das wissen wir nicht. Was wir wissen, ist: Viele Bewerberinnen und Bewerber bewerben sich an ihrer Wunschschule, gerade auch vielleicht in den Randbezirken, und haben aus persönlichen Gründen die Anspruchshaltung, an dieser Schule genommen zu werden oder vielleicht an ihrer Zweit- oder Drittwunschschule. Wenn dies nicht passiert, ist die Möglichkeit gegeben, nach Brandenburg zu gehen. Das abzuwägen, war eine Entscheidung, die wir getroffen haben, um zu sagen, wir können es uns aufgrund der aktuellen Situation nicht leisten, auch nur einen Lehrer zu verlieren, der Berlin verlassen wird. Aus den Gesprächen – und das kann ich Ihnen versichern – habe ich viele Fälle aus den einzelnen Bezirken kommuniziert bekommen. Ich war ja bei den Schulaufsichten, wo gesagt wurde: Wir können Ihnen jetzt kommunikativ zurückspeiegeln, dass jetzt viele Kollegen den Vertrag unterschrieben haben und nicht nach Brandenburg gegangen sind. – Es gibt aber keine Statistik darüber, wer wo hinget, wenn er den Vertrag nicht bekommt. Nach dem Start ins neue Schuljahr wird es aber eine Abfrage geben, und dann hoffen wir, darüber Aufschlüsse zu finden. Wo ist der Bedarf am größten? – Das haben Sie richtig gesagt: Das ist in Marzahn-Hellersdorf, das sind Lichtenberg und Treptow-Köpenick, aber auch zu dem Zeitpunkt – ich habe mich noch einmal vergewissert – ist die Stundentafel abgedeckt. – Dann würde ich jetzt an die Kollegen übergeben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Blume! Das Mikrofon ist bei Ihnen, herzlich willkommen auch Ihnen! – Sie haben das Wort, bitte sehr!

Christian Blume (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, das kurz darzustellen! Der Bericht zur mittelfristigen Lehrkräftebedarfsplanung ist ja vorhin mehrfach erwähnt worden, und da war die Frage, ob die umgewandelten Professionen auch entsprechend berücksichtigt worden sind. – Ja, sind sie. Wenn Sie in die Anlage 2 c hineingucken, werden Sie sehen, dass wir da die Annahme im Umfang von 300 Vollzeiteinheiten getroffen haben, und das haben wir für die nächsten Jahre durchgeschrieben. Wir haben auch hier in den letzten Jahren eine gewisse Entwicklung durchgemacht. Wir haben in einem der zurückliegenden Berichte noch viel konservativer, also mit niedrigeren Zahlen gerechnet, und wir hinterfragen uns Jahr für Jahr. Es kann also sein, dass im nächsten Bericht – wir müssen ja jährlich berichten –, der dann 2024 veröffentlicht wird, hierzu eine andere Annahme, nämlich eine höhere Annahme getroffen wird.

Zu den multiprofessionellen Teams hat Frau Jehnicke vorhin schon das Richtige, fand ich, gut gesagt. Bei Ihnen an der Schule wird das schon gelebt – auch aus einer gewissen Situation heraus –, diese Herausforderung auch als Chance gesehen, andere Berufsgruppen, die für ihre Schülerinnen und Schüler vielleicht noch wertvoller sein können, mit in die Schulen zu bekommen. Es ist richtig, dass diese Personen ausnahmslos einen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommen; sonst könnten wir sie nicht gewinnen. Wir wären mit Zeitverträgen völlig unattraktiv. Da kann ich alle Schulleiterinnen und Schulleiter nervlich beruhigen: Der unbefristete Arbeitsvertrag besteht nie mit einer einzelnen Schule – also auch nicht mit der Christian-Morgenstern-Grundschule –, sondern immer mit dem Land Berlin. Bis heute gibt es noch keinen Fall, dass jemand rückumwandeln will, sondern eher im Gegenteil: Die Schulen äußern sich sehr wertschätzend, zum Beispiel über die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, die an den Schulen sind, und wollen das eher noch ausbauen. Von mir also noch mal ganz klar die Aussage hier im Ausschuss: Unbefristeter Arbeitsvertrag: ja, bis auf Pädagogische Assistenzen, das haben Sie richtig dargestellt, aber natürlich die Möglichkeit der Rückumwandlung oder Reversibilität oder wie auch immer Sie das nennen wollen. Genauso, wie wir uns bei Lehrkräften um Umsetzung kümmern, genauso, wie wir uns bei Pädagogischen Unterrichtshilfen und Erzieherinnen und Erziehern darum kümmern, würden wir uns auch darum kümmern, diesen Personen dann andere Schulen zuzuweisen.

Nett fand ich vorhin den Begriff der Fliehkräfte der Bewerberinnen und Bewerber; den werde ich mal in mein Repertoire aufnehmen. Zur Tendenz der Personalausstattung, nach der Sie gefragt haben – Frau Henke hat es eben schon gesagt –: Wir haben traditionell am Ende der dritten Unterrichtswoche den Eingabeschluss der Schnellabfrage. Dann werden die Daten in meinem Referat Bildungsstatistik noch einmal plausibilisiert und überprüft, sodass wir Ihnen circa vier oder viereinhalb Wochen nach Unterrichtsbeginn das Ergebnis der Schnellabfrage vorlegen können. Dann können wir genaue Aussagen darüber treffen, wie die Situation in den einzelnen Schularten, in den einzelnen Regionen ist und welche personelle Ausstattung wir haben.

Letzter Punkt: Herr Erdmann hat noch ausgeführt, dass die Verbeamtung seiner Meinung nach keinen Effekt hat. Auch da würde ich darum bitten, dass wir erst mal das Jahr 2023 abwarten und diese Einstellungskampagne. Im letzten Jahr wollten viele zu uns kommen und haben keine Freigabe bekommen. Insbesondere aus Brandenburg gab es so kurzfristig kaum Freigaben. Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr dadurch einen nennenswerten Effekt erzielen, dass jetzt mit einem Jahr Vorlauf dann doch wieder mehr Bewerberinnen und Bewerber aus

Brandenburg nach Berlin zurückkehren, wo sie vielfach ihre Ausbildung gemacht haben. Das ist jetzt anekdotische Evidenz, aber es gibt von vielen Schulleitungen hier durchaus positive Signale. Lassen Sie uns aber auch hier die Zahlen abwarten! – So weit vielleicht, danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Duveneck – bitte sehr!

Thomas Duveneck (SenBJF): Vielleicht noch eine kurze Ergänzung. Ich möchte mit einer Klarstellung beginnen: Herr Meidinger, das sind alte Zahlen zur Grundschule. Die Empfehlungen für die Grundschule werden derzeit im Kontext der KMK überarbeitet. Da haben wir noch einmal über die Länder geschaut: Wie viele Stunden hat Berlin, wie viele haben die anderen? – Wir stehen an vierter Stelle. Das hängt damit zusammen, dass wir vor zwei beziehungsweise drei Jahren in den Jahrgangsstufen 1 und 2 in Deutsch die Stunden um eine Stunde erhöht haben und in 3 und 4 im kommenden Schuljahr. Es hängt auch damit zusammen, dass in den anderen Ländern natürlich der Religions- und Weltanschauungsunterricht mitgezählt wird, im Land Berlin nicht. Wenn man ihn mitzählt – der wird bei uns auch angeboten und von der überwiegenden Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich auch wahrgenommen –, dann stehen wir in dieser Übersicht an vierter Stelle; das wollte ich nur sagen. Was die Kernfächer betrifft – Deutsch, Mathe, Sachkunde vielleicht im Elementarbereich –: Diese Fächer decken bei uns 60 Prozent der Stundentafel in der Primarstufe ab. Das ist, glaube ich, gut und konzentriert und fokussiert auf das, was Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe lernen sollten. Das wollte ich nur sagen. Das können alte Zahlen sein, die Ihnen vorliegen oder die Äpfel mit Birnen verglichen haben.

Ein-Fach-Lehrkräfte: Dazu sagte ich bereits etwas. Anerkennung ausländischer Bildungsqualifikationen und duales Studium: Wir werden am Ende nicht auf die Ergebnisse der KMK warten, sondern wir werden in all diesen Bereichen auch eigene Aktivitäten entfalten, ganz klar. Wir hoffen natürlich trotzdem, dass das von der KMK begleitet wird, dass das nicht zusätzlich alles Sondermaßnahmen oder so etwas bleiben, sondern dass das gesetzt ist, dass das im Rahmen der Vereinbarung über die Lehrämter der KMK auch ermöglicht wird.

Zu einem speziellen Punkt der Anerkennung ausländischer Bildungsqualifikationen – auch Herr Erdmann hat das eben noch einmal angesprochen –: Da ist weniger die Frage: In Deutschland zwei Lehrämter oder nicht? – Es ist einfach die Frage der Sprache, die die Personen mitbringen. Da müssen wir schneller, besser und mit mehr Angeboten für diese Leute kommen, sodass sie am Ende C1 oder C2 bekommen. Denn sie sollen ja vor den Kindern und Jugendlichen stehen und ihnen etwas beibringen, und da ist die Sprache natürlich auch der Schlüssel. Da sind wir dabei. Ob es zum kommenden Schuljahr weitere Verbesserungen gibt – andere haben wir in diesem Schuljahr schon getroffen –, das werden wir sehen. Wir werden sehen, ob uns da beispielsweise auch Volkshochschulen, andere Einrichtungen, die Humboldt-Universität mit der professionsbezogenen Sprache weiterhelfen können.

Frau Brychcy hatte nach den Hochschulverträgen gefragt. – Die Bedarfe der Schulen freier Trägerschaft sind in den Berechnungen einbezogen. Da wird also nicht nur das, was wir erwarten von den Hochschulen an Lehramtsabsolventinnen und Lehramtsabsolventen – – berechnen wir das mit ein, weil es natürlich im Gesamtsystem um Schülerinnen und Schüler geht, und die brauchen natürlich auch Lehrkräfte.

Zum Staatsvertrag auf der KMK-Ebene gibt es innerhalb des Hauses noch keine Positionierung dazu. Es gab noch keine Gelegenheit oder Notwendigkeit für uns insgesamt, sich zu positionieren. Das steht sicherlich noch aus.

Zu Herrn Schurig und was gefragt wurde, immer im Kontext der Steuerung: Gemerkt haben wir, das ist alles nicht leicht. Keiner hat hier eine Lösung, die das Problem löst, sondern man wird wahrscheinlich an ganz vielen Fäden ziehen und Werkzeuge ergreifen müssen, um einigermaßen den weiterhin bestehenden Mangel verwalten zu können, und das bestmöglich mit dem Ziel, Bildungsgerechtigkeit nicht aus dem Auge zu verlieren. Da habe ich wenig Hoffnung, aber man kann es probieren, ob die Frage der Seminare und der Praxissemestersteuerung hier einen Effekt hat, denn es gibt hier die gleiche Situation, die Sie auch bei den Einstellungen haben. Auch ein Referendar wird in Marzahn-Hellersdorf vielleicht nicht geneigt sein, sein Referendariat dort zu beginnen, sondern den verlieren Sie dann gegebenenfalls auch. Hinzu kommt, dass gerade in dem Bezirk, den Sie vertreten, es teilweise gar keine Schulen mehr gibt, die geeignete Ausbilder haben, weil es teilweise Schulen gibt, wo keine Person mehr über grundständig ausgebildete Fakultas verfügt. Es gibt natürlich auch andere in dem Bezirk, aber das ist natürlich dann eine Spirale nach unten, dass Sie gar nicht mehr an diesen Schulen ausbilden können, wo Sie Klebeeffekte erwarten. Deswegen sage ich nur noch mal: Ich werbe für unser Modell des dualen Studiums an diesen Schulen von Anfang an, gleich von Anfang an gut bezahlt, mit einem ganz neuen Fokus auf Menschen, die sich derzeit ein sechsjähriges Studium plus Vorbereitungsdienst einfach nicht leisten können – von Anfang an ausgeschrieben, diese Stellen, um sie an den Schulen, wo wir sie im Späteren einfach nicht mehr hinkommen, zu halten. Dann würde man auch das erreichen, was Sie sagen, Herr Schurig, mit einer Halteverpflichtung über die Bezahlung des Studiums und Vorbereitungsdienstes hinaus sie dort zu behalten.

Auch noch mal eine Information: Nur noch rund ein Drittel der Lehramtsstudierenden ist überhaupt im originären Vorbereitungsdienst und hat damit nicht schon eine Schule im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst, bei dem der Klebeeffekt ohnehin besteht. Da ist zum Steuern letztlich nicht mehr so viel vorhanden, sondern die sind schon an Schulen, an denen sie arbeiten und den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst machen. Der klassische Vorbereitungsdienst nimmt doch zunehmend ab.

Ein Letztes noch – das kam jetzt weniger aus dem Bereich, aber Herr Zimmerschied hat es angesprochen: Ebenso, wie Sie für Vorsicht plädieren bei der Steuerung, um keine Menschen zu verlieren, was natürlich erst mal vernünftig ist, sollte man auch vorsichtig sein bei der Streichung von Anrechnungsermäßigungsstunden. Die Tatbestände, die Sie angesprochen haben, könnte ich Ihnen jetzt hier im Einzelnen auflisten, wozu sie da sind. Es sind im Wesentlichen die Stunden, die auch an die Schulen gehen für die Betreuung von Menschen im Praxissemester, für Menschen im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst, für vieles andere mehr. Nur ein ganz geringer Teil dieser gut 900 beispielsweise steht für unser Landesinstitut zur Verfügung, nämlich 45 von gut 900. Man muss also gucken: Wo ist es sinnvoll, tatsäch-

lich zu streichen? Das ist unsere Daueraufgabe im Bildungsbereich, dass wir natürlich die Menschen, die gut qualifiziert sind, lieber in den Schulen haben wollen als in anderen Aufgaben. Da stimme ich mit Ihnen völlig überein. Auch da muss man aber auch wirklich vorsichtig vorgehen und sich jeden Sachverhalt genau angucken, sonst erreicht man das Gegenteil von dem, was man eigentlich erreichen will.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen an den Senat! – Mit Blick auf die Zeit, mit Blick auf die ausstehenden Punkte der Tagesordnung, mit Blick auf die vier Personen, die noch auf der Redeliste stehen – Frau Brychcy, Frau Schedlich, Herr Weiß, Frau Burkert-Eulitz – und mit Blick auf § 25 Absatz 8 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, der da lautet – ich zitiere –:

Sitzungen der Ausschüsse sollen im Interesse der besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Mandat nach Möglichkeit spätestens um 17:00 Uhr beendet sein.

–, müssen wir dann ein Einvernehmen hervorrufen, dass wir diese Sitzung im Sinne der Anzuhörenden in einer zweiten, kurzen Runde fortführen. Dazu brauche ich erst mal Ihr Einvernehmen. – Das ist gegeben. Dann haben wir den Punkt schon mal abgearbeitet – in Anführungszeichen – und uns darauf verständigt, dass wir hier fortführen. Dann würde ich die vier Fragesteller aufrufen mit der Bitte um kurze, knappe Fragen, mit der Bitte an die Anzuhörenden um kurze, knappe Beantwortung – und natürlich auch des Senats. Im Anschluss würde ich Ihnen einen Verfahrensvorschlag unterbreiten, wie wir dann mit den Tagesordnungspunkten 4 und 5 vorgehen. Allerdings werden wir auf jeden Fall Tagesordnungspunkt 3 und den Antrag durchführen. – Frau Brychcy, bitte sehr!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die Lehrkräftebedarfsplanung: Gleich im ersten Satz der roten Nummer steht, dass sich das ausschließlich auf die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen bezieht. – Ist das dann ein Fehler im Bericht? Nur, dass Sie das vielleicht noch mal klarstellen!

Zum Staatsvertrag: Sie haben gesagt, Sie haben noch keinen Anlass gehabt, sich damit bei SenBJF zu beschäftigen. Es gibt aber einen gültigen Parlamentsantrag, den wir noch auf den Weg gebracht haben. Das ist eigentlich ein Anlass, dass der Senat aufgefordert ist, das auch umzusetzen.

Zum Stipendienprogramm: Wir haben ein Stipendienprogramm im Q-Master für die Mangelfächer. Könnte man das vielleicht noch ausweiten? Die Koalition hat gesagt, sie möchte auch ein Stipendienprogramm für Mangelfächer auflegen, damit man diese Bindung der angehenden Lehrkräfte an das Land Berlin verstärkt.

Dann habe ich noch zwei, drei kleine Nachfragen: Sie haben gesagt, Masterstudierende sind PKB-Kräfte. – Das stimmt. Könnte man das auch für die Bachelorstudierenden machen? Wir wissen, dass zwei Drittel der Bachelorstudierenden bereits PKB-Kräfte sind, dass man das sozusagen standardisiert und auch mit Reflexionsmodulen an der Hochschule steuert, also mehr Praxiserfahrung in die Lehrkräfteausbildung integriert?

Sie haben gesagt, der Nachteilsausgleich soll an den Start gehen. – Da würde ich gerne wissen, wann, weil die Lehrkräfte natürlich warten, die den Nachteilsausgleich dringend benötigen, weil wir gesagt haben: Es ist auch eine Frage der Wertschätzung.

Vorletzte Frage: Sie haben gesagt, dass die Ausweitung der Studienkapazitäten bearbeitet wird. – Es gibt jetzt die Hochschulverträge. Die alte Zielzahl war 2 000. Da würde ich gerne wissen, ob man sich jetzt auf 3 000 einigt. Damals hat Herr Slotto gesagt, die Bildungsverwaltung sieht das klar, dass die 3 000 gebraucht würden, und das war dann nur ein Kompromiss mit der Wissenschaftsverwaltung, dass man sich auf 2 300 oder 2 500 geeinigt hat. Was ist aus Ihrer Sicht nötig?

Letzte Frage zur Steuerung: Sie haben gesagt, es gibt keine validen Zahlen zur Abwanderung oder zum Nichtantritt der Stelle, aber trotzdem wurde das Steuerungsinstrument jetzt schon aufgegeben. Welche anderen Instrumente sind in Planung? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Frau Schedlich, bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe vier Fragen, die erste an Herrn Erdmann: An wen soll das Stipendium während des Praxissemesters denn ausbezahlt werden? Soll das an Bedingungen geknüpft werden wie beispielsweise an einen Verbleib in Berlin für eine bestimmte Zeit?

An alle Anzuhörenden: Wie bewerten Sie, dass zur Entlastung die Gremien weniger tagen sollen, also dass das Ganze zulasten der gelebten Demokratie an den Schulen gehen soll?

Herr Zimmerschied! Finden Sie es eine sinnvolle und faire Maßnahme, dass durch die Abschaffung des MSA an Gymnasien Entlastungen geschehen? Was wünschen Sie sich ausgleichend an den ISSen?

Den Senat frage ich: Wie bewerten Sie das Ziel der Gleichwertigkeit von ISSen und Gymnasien unter diesem Gesichtspunkt? Noch eine letzte Frage auch an den Senat zum Thema Bildungsgerechtigkeit: Die prekäre Situation betrifft vor allem Schulen in Gebieten, wo besonders viele Kinder von Armut betroffen sind. Wie gedenkt der Senat, hierauf ein besonderes Augenmerk zu legen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Herr Weiß, bitte sehr!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank! – Ich mache es ganz kurz. Ich habe nur noch zwei Fragen, und zwar zum Themenkomplex Ein-Fach-Lehrkraft, an die Anzuhörenden, was Sie grundsätzlich von dem Modell der Ein-Fach-Lehrkraft in besonders einschlägigen Mangelfächern halten. Ich denke da zunächst an die Quereinsteiger, die berufsbegleitend ein zweites Fach nachstudieren sollen. Dann noch die Frage an Sie, was Sie davon halten, Headhunter für die Lehrkräftegewinnung einzusetzen. In Sachsen-Anhalt gab es damit bereits Erfahrungen. Da denke ich vornehmlich an Lehrkräfte zum Beispiel aus dem Ausland oder Personen, die auf Lehramt studiert haben und nicht als Lehrer tätig sind. Herr Zimmerschied hatte von Lehrern gesprochen, die zunächst in die Wirtschaft gehen wollen. Sind Sie der Meinung, dass man vielleicht durch erfahrene Unternehmen, die dann auch Erfolgsprämien bekommen würden, qualifizierte Lehrkräfte zusätzlich gewinnen könnte. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich danke Ihnen, Herr Weiß! – Frau Burkert-Eulitz zum Abschluss!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Zunächst etwas Positives in Richtung Senatsverwaltung: Ich habe mir gerade noch mal genau angeguckt, was diese Pädagogischen Assistenzen sind. Das ist etwas, was Sie auch aus Diskursen aufgenommen haben, die wir gemeinsam geführt haben. Erst mal finde ich das positiv. Sie sollten die Schulassistenten nach § 112 SGB IX nicht so ganz vergessen in Kombination mit der Jugendhilfe! – Das ist sozusagen positiv. Da wundert mich nur, dass abgeschlossene Bachelorstudiengänge gleichgesetzt sind mit Sozialassistentinnen. Das ist schon eine große Spannweite auch an Qualifizierung. Das wollte ich nur mitgeben.

Das Zweite ist, was die Eingruppierung angeht, wenn sich Menschen, die vorher andere Berufe ausgeübt haben, bei der Senatsverwaltung bewerben; da kenne ich auch andere, dass sie sagen, dass das schon sehr – ich übertreibe das mal – knickerig ist in der Eingruppierung, also relativ weit unten. Mancher Bezirk, zum Beispiel ein Jugendamt – – Ich hatte das gerade, eine erfahrene Leitung von einem Träger, die sozusagen sich bei der Senatsverwaltung für eine Führungsposition beworben hat, relativ schlecht eingruppiert wurde, als ob sie keinerlei Berufserfahrung hatte, und in einen Bezirk gegangen ist, der anders damit umgegangen ist, und sie als normale Sozialarbeiterin im RSD besser eingruppiert ist, als wenn sie eine Führungsrolle in Ihrem Haus übernommen hätte. Das ist bei den Menschen, die sich im Quereinstieg bewerben, scheinbar ähnlich. Die Frage ist, ob man da nicht noch nachsteuern könnte, was die Eingruppierung mit der Berufserfahrung angeht – das ist ein Problem auch im gesamten öffentlichen Dienst –, dass man damit etwas großzügiger umgeht.

Die dritte Frage ist, dass das Gap, das Fehlen von Lehrkräften mit allen Bemühungen, die gemeinsam oder auch irgendwie anders angegangen werden, dass es absehbar immer eine Lücke geben wird. Da würde mich interessieren, wie die Senatsverwaltung meint, damit umgehen zu können, dass wir immer an Stellen ein Defizit an Lehrkräften haben und wie sich das im Alltag von Schule auffangen soll.

An Herrn Meidinger: Wir kennen uns nicht, deswegen können Sie das wahrscheinlich so auch nicht einschätzen. Mit Hybriden, was die Senatsverwaltung gerade in Schulversuchen ausprobiert, ist auf jeden Fall meinerseits nicht gemeint, dass die Kids alle in den Onlineunterricht geschickt werden. Da bin ich als Mutter selber gebrandmarkt, dass das mit vielen Kindern so nicht geht, sondern dass der soziale Austausch und das Leben in der Schule viel wichtiger ist. Da gibt es natürlich auch in Berlin viele Kinder, die gerade auch noch vom Schulbesuch ausgeschlossen sind, weil sie Bedarfe haben, die die Schule nicht abdecken kann und die dann, das hat die GEW gerade in ihrer letzten Zeitschrift veröffentlicht, auf die Familien abgewälzt werden, weil sie dann nicht als beschulbar gelten und ansonsten keine Möglichkeiten für sie bestehen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Kurz, knapp, präzise, mehr oder minder. Wir beginnen mit Herrn Erdmann und gehen wieder andersherum vor, um dann abschließend den Senat zu hören. Dann geht es weiter mit Punkt 3 b. – Danke sehr!

Tom Erdmann (GEW – Landesverband Berlin; Vorsitzender): Frau Schedlich fragte nach der Ausgestaltung der Stipendien. – Erst mal hat der Senat oder die Landesregierung das Ausbildungsmonopol und kann Bedingungen festlegen, die für das Stipendium gelten. Natürlich sind wir für die Freiheit des Berufsortes, aber wenn der Senat ein entsprechendes Stipendienprogramm auflegt mit der Bedingung, die Kollegin oder der Kollege, muss nach der Ausbildung der Berliner Schule noch drei oder fünf Jahre zur Verfügung stehen, ist das sicherlich etwas, was wir am Ende begrüßen werden. Ich sage aber hier jetzt nicht: Bitte, legt ein Stipendium auf und fesselt die Leute dann entsprechend lebenslang an Berlin! – Dass Bedingungen daran geknüpft sind, kann ich mir sehr gut vorstellen. Die Menschen müssen das ja nicht annehmen. Ich glaube, das ist eine Brücke, über die man die Leute gut bringen kann. Das Praxissemester ist eine Errungenschaft, es ist auch gut, aber es muss auch irgendwie überlebar sein.

Weniger Gremien: Ich sehe das natürlich auch skeptisch. Als Lehrer habe ich auch die ganzen Konferenzen nicht sehr gerne gemacht, und die Kollegen berichten auch: Die Gesamtkonferenzen sind nicht der große Hort der Demokratie. Aber jetzt zu sagen, dann machen wir weniger Gesamtkonferenzen, kann es am Ende auch nicht zu sein. Wie Frau Jehnicke sagte, gibt es mit den Onlinekonferenzen auch noch viele andere Probleme, die man sich einfängt: die Wegezeiten. Als Gewerkschafter, als Personalrat sage ich auch: Da ist auch die Mitbestimmung noch mitzudenken. Einfach nur zu sagen, wir machen das jetzt alle am Rechner, egal mit welchem Tool, aber am Ende gibt es da nichts, was mitbestimmt ist und mit keiner Dienstvereinbarung, das kann es auch nicht sein.

Dann ist noch die Frage zu den Ein-Fach-Lehrkräften aufgeworfen worden. – Zum einen muss man sich überlegen: Lehrkräfte mit nur einem Fach sind natürlich für die Schulleitung eine besondere Herausforderung eingesetzt zu werden. Das Großfach Kunst gibt es, das heißt, die Kollegen unterrichten dann nur Kunst, mit allen ihren Stunden. Die Kollegen können nirgendwo anders eingesetzt werden, und man hat in einem Schuljahr 200 Schülerinnen und Schüler, deren Namen man lernen muss, für die man die Lernentwicklung dokumentieren muss. Den Einsatz von Ein-Fach-Lehrkräften stelle ich mir ziemlich schwierig vor, aber das muss kein Grund sein, dagegen zu sein. Es braucht dafür aber auch eine Laufbahn. Dass die Kollegen da einfach nur nach der Entgeltordnung für Lehrkräfte tiefer eingruppiert werden und keine Chance haben, da herauszukommen, also keine Chance haben, das zweite Fach nachzustudieren, darf auch nicht sein. Es muss eine entsprechende Laufbahn geben, sodass die Kollegen eine Chance auf eine Verbeamtung haben, wenn sie es denn wünschen und die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen. Das ist momentan alles noch nicht gemacht.

Wir haben vor einigen Jahren die Suche gestartet – nicht wir, sondern die Bildungsverwaltung – in Österreich und Polen, um da entsprechend ausgebildete Lehrkräfte zu finden. Ich weiß, die österreichischen Grundschullehrkräfte haben ungefähr eine Ausbildung wie bei uns Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen. Die konnte man hier als Grundschullehrkräfte nicht wirklich einsetzen, obwohl da die Sprachbarriere eher nicht so da ist; für Berliner vielleicht schon, aber prinzipiell gibt es da keine Sprachbarriere. Bei den Kollegen aus Polen war das nicht erfolgreich. Die Kopfgeldjäger braucht man nicht noch mal auszuschicken.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Jehnicke, bitte sehr!

Karina Jehniche (Christian-Morgenstern-Grundschule; Schulleiterin): Auch noch mal zu den Ein-Fach-Lehrkräften: Anders als Herr Erdmann es sagt, kann ich an meiner Schule schon lange nicht mehr gucken, welche Ausbildungsfächer die Kollegen haben. Die werden so eingesetzt, wie ich sie brauche, und darauf lassen sich die Kollegen auch gut ein. Ich habe Studienräte, die bei mir an der Schule arbeiten, die auch gut arbeiten, die aber eine Ausbildung in Spanisch und Latein haben. Das sind Fächer, die an einer Grundschule nicht unterrichtet werden. Dennoch machen die Kollegen gute Arbeit, und ich möchte auf sie nicht verzichten. Ich habe auch einen Griechischlehrer. Das sind manchmal exotische Fachkombinationen, die an Oberschulen keinen Platz bekommen haben, und ich bin froh, dass ich sie habe. Jede ausgebildete Lehrkraft auf ein, zwei oder drei Fächer ist eine ausgebildete Lehrkraft, die irgendwo gebraucht wird, und ihnen muss man das auch ermöglichen, dass sie arbeiten können.

Zu den Gremien: Bei unserem Beruf geht es um Menschen. Wir müssen ganz häufig über Schüler sprechen, über die Entwicklung von Kindern sprechen. Das lässt sich digital nur schwer machen. Große Versammlungen, da gebe ich Ihnen recht, Gesamtkonferenzen sind auch nicht angenehm für Schulleitungen. Wenn man vor 120 Leuten sitzt, ist das nicht angenehm, weder digital noch in Präsenz. Es gehören auch Eltern und zum Teil auch Schüler dazu, an den unterschiedlichsten Schulformen. Sich unterschiedlich auszutauschen, ist schon auch wichtig, aber wir begrenzen. Ich glaube, jede Schulleitung geht verantwortungsbewusst damit um und macht nicht mehr Konferenzen als unbedingt nötig. In den einzelnen Kleinteams, die es gibt, müssen sich die Kollegen sowieso austauschen. Auch da ist das auf digitalem Wege natürlich am Abend mal schnell möglich, und das ist auch ein Vorteil unserer heutigen Zeit, dass das so ist. – Mehr Fragen gab es, glaube ich, an mich nicht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Herr Meidinger, bitte!

Heinz-Peter Meidinger (Deutscher Lehrerverband; Vorsitzender): Ich mache es ganz kurz. Nur eine Anmerkung zu Ein-Fach-Lehrkräften: Ich begrüße es, dass hier eine Laufbahn geschaffen wird und dass man die Möglichkeiten erweitert. Als langjähriger Schulleiter möchte ich das unterstreichen. Wie es auch schon von Herrn Erdmann gesagt worden ist, ist es natürlich ein großes Problem an der Schule, eine Ein-Fach-Lehrkraft, wenn es sehr viele sind, einzusetzen. Die verdrängen dann teilweise die Kollegen, die zwei und drei Fächer haben, aus dem Fach, das sie unterrichten. Dann hat man plötzlich noch mehr Ein-Fach-Lehrer, und dann muss man gucken, dass der an der Schule voll versorgt ist. Das ist nicht so einfach.

Noch eine kurze Bemerkung an Sie, weil Sie sozusagen die Datenrückständigkeit des Deutschen Lehrerverbands angemahnt haben: Es ist richtig. Ich erinnere mich an die Schlagzeile im „Tagesspiegel“ vor ein paar Jahren: Berlin ist Schlusslicht an der Grundschule. – Wenn Sie jetzt allerdings ein Wahlfach in Berlin aufrechnen mit der Pflichtstundentafel in anderen Ländern, ist das natürlich auch kreativ. Ich kann auch Wahlfächer in Bayern da mit aufrechnen. Irgendwo muss der vierte Platz herkommen. Ich halte ihn ein bisschen für zu gut, aber wenn es Fortschritte gibt mit der Stundentafel – mein Kompliment dafür.

Sandra Khalatbari (CDU): Vielen Dank! – Herr Schurig, bitte sehr!

Hartmut Schurig (Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Marzahn-Hellersdorf; Vorsitzender): Ich möchte nur zu einem Punkt Stellung nehmen – Frau Burkert-Eulitz hat es angesprochen –, zu dem von mir verwendeten, nicht ganz seriösen Begriff „knickerig sein“. Nur

um es noch mal klarzumachen: Die Eingruppierung neu Einstellender ist tarifgebunden. Normalerweise ist sie festgesetzt. Alles könnte ganz einfach sein. Wenn man jetzt nicht auch noch beurteilen müsste, was an förderlichen Zeiten oder mehr noch als Berufserfahrung anerkannt wird. Da ergeben sich Spielräume. Wir haben die Erfahrung gemacht, diese Spielräume werden sehr fiskalisch ausgelegt. Von daher erleben dann die Beschäftigten, die schon lange Jahre in sehr ähnlichen Berufen gearbeitet haben, sie fangen plötzlich wieder in Stufe 1 an, obwohl man ihnen gut und gerne mindestens die 3 hätte geben können. Das wäre auch möglich gewesen, wenn ich auf den Tarifvertrag gucke, aber da gibt es hier eine sehr enge Auslegung, die immer wieder zu Streits führt. Hier kann man, glaube ich, etwas verändern.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke Ihnen! – Herr Zimmerschied, bitte sehr!

Sven Zimmerschied (BISSS; Vorsitzender / Friedensburg-Oberschule; Schulleiter): Zum Start auch noch mal kurz zu den Ein-Fach-Lehrkräften: Ich habe davon sehr viele durch die Besonderheit der Europaschule. Ich sehe das als äußerst unproblematisch an. Natürlich wissen die Kollegen, sie müssen sich auch Neigungsfächer suchen. Das ist klar. Ich kann aus Erfahrung sagen: Ganz wichtig ist, dass sie gleich bezahlt werden; ob ich jetzt 26 Stunden Mathe unterrichte oder 20 Stunden Mathe und 6 Stunden Physik, das muss gleich bezahlt werden.

Zu Herrn Weiß: Headhunter. – Ich könnte sagen, Headhunter bin ich – ich hole teilweise Kollegen aus dem Auslandsschuldienst oder von deutschen Auslandsschulen und so etwas –, aber das wäre in unserem Bereich für Lehrkräfte ungewöhnlich. Sie sehen sich eher in einem sozialen Beruf. Jetzt kommen Sie mit Begriffen aus der Wirtschaft. Vielleicht bräuchten aber an der Stelle, wo Schulen im Augenblick keine Schulleitung haben oder die Schulleitung erkrankt ist, manche Schulen professionelle Unterstützung. Ich würde es jetzt nicht Headhunter nennen.

Zu den Gremien: Sie sagen, das sei undemokratisch. – Das könnte man auf den ersten Blick denken. Ich muss mich nachher beeilen. Ich muss um 18 Uhr bei der sechsten Schulkonferenz in diesem Schuljahr sein. Wir machen auch mehr als diese vier Gremiensitzungen in der Regel. Es macht natürlich erst Sinn, wenn man sie als sinnvoll empfindet, und nicht wie Herr Erdmann, der das teilweise nicht so erleben konnte. Deswegen bin ich da ganz entspannt. Das sollte den Schulen freigestellt sein. Sinnlose, zwangsanberaumte Gremiensitzungen machen keinen Sinn, und damit erzeugen Sie nicht mehr Demokratie.

Zur letzten Frage: Abschaffung des MSA an den Gymnasien. – Deswegen bin ich heute nicht hier. Natürlich sind unsere Verbände und sogar die Gemeinschaftsschulen – für die kann ich in dem Fall mitsprechen – strikt dagegen, es in dieser Form zu machen. Wir empfinden es als äußerst ungerecht unseren leistungsstarken Schülerinnen und Schülern gegenüber. Wir empfinden es als Abwertung unserer Schulform. Ich habe Frau Günther-Wünsch um ein Gespräch gebeten, das habe ich auch übernächste Woche mit ihr, und würde ihr das erst mal darstellen wollen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank an die Anzuhörenden! – An den Senat: Frau Staatssekretärin Henke, bitte sehr!

Staatssekretärin Christina Henke (SenBJF): Ich würde mit dem Nachteilsausgleich beginnen, weil das vielleicht auch von großem Interesse ist. Wir werden die Sommerpause nutzen

und sind jetzt in Abstimmungsprozessen und versuchen, allen zügig eine Antwort zur Verfügung zu stellen. Wir arbeiten daran. Zum jetzigen Zeitpunkt Konkretes sagen, das können wir nicht, weil wir wirklich noch in dem Arbeitsprozess sind. Wir verstehen natürlich diese Thematik und den Wunsch, Informationen und eine klare Regelung zu bekommen: Wie geht es weiter mit der Verbeamtung, nachdem die letzte Regierung das beschlossen hat? – Die Umsetzung ist jetzt in der Umsetzungsphase. Wir hoffen, dass wir bald etwas vorlegen können.

Andere Instrumente nach Steuerung: Ich glaube, das wurde heute hier auch schon zur Genüge thematisiert. Es ist uns allen bewusst, dass wir natürlich auf die Schulen schauen. Das ist ein Interesse, das uns alle verbindet, um zu schauen: Wie können wir Pädagoginnen und Pädagogen, Menschen, die unterrichten wollen, an Schulen bringen? Das ist nicht die Frage. Jetzt müssen wir schauen: Wie können wir Instrumente schaffen, um diesen Beruf attraktiver zu machen, um junge Leute zu begeistern, Lehrerin oder Lehrer werden zu wollen? Das fängt oft schon in der Berufsorientierung an. Es wurde vorhin richtig gesagt: Wie attraktiv ist eigentlich dieser Beruf? Da müssen wir an unterschiedlichen Schrauben ansetzen, in der Berufsberatung, nicht schon in der Schule, dass wir diesen Beruf vorstellen, das attraktiv gestalten, dass die Instrumente, die wir schon haben, die Berufs- und Studienorientierung, die Praktika, miteinander verzahnt werden und dieses Berufsbild neben anderen Berufsbildern auch vorgestellt wird.

Die Steuerung: Wie kann man steuern? Steuert man Referendare? Steuert man angestellte Lehrkräfte? – Ich muss ehrlich sagen: Die Situation, wie sie sich darstellt, ist keine, die uns seit gestern allen bekannt ist. Ich erinnere, ich wollte jetzt nicht aus dem Nähkästchen plaudern, aber 2012 habe ich als Lehrerin in Berlin meinen Vertrag unterschrieben, und 2010 wurde ich noch weggeschickt, weil man keinen Referendariatsplatz für mich zur Verfügung hatte. Ich habe das historisch miterlebt und bin mir dessen bewusst, wie wichtig eine Steuerung ist. Ich habe mir das auch so vorgenommen, an diesem Themenbereich zusammen mit der Verwaltung, ganz oben natürlich mit der Senatorin, zu arbeiten, weil wir natürlich auch das innere Bedürfnis haben, dieser Situation entgegenzuwirken, um glückliche Schüler und Eltern zu haben.

Bei der Eingruppierung haben Sie gesagt, die Berufserfahrung, dass das nicht so einfach ist. – Das müssen wir mitnehmen. Das kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht sagen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Blume, bitte sehr!

Christian Blume (SenBJF): In früheren Jahren, als das Bundesland Bayern mal mehr Lehrer ausgebildet hat, als sie einstellen konnten, hatte ich die Ehre, auf Einladung der GEW Nürnberg als Headhunter nach Nürnberg reisen zu können, um für Einstellungsoptionen in Berlin zu werben, und ich war durchaus erfolgreich. Das durfte ich zwei Jahre hintereinander machen, aber dann bin ich nicht mehr eingeladen worden, weil der Überhang auch nicht mehr so vorhanden war.

Ich will kurz etwas zum Einsatz der Studierenden sagen: Dafür, Frau Brychcy, ist auch nicht PKB erforderlich. Wir haben eine ganz normale Ausschreibung, einmal für Bachelorstudentinnen und Bachelorstudenten, dann heißt das Programm „Fördern statt ...“, weil wir dort das Reizwort „unterrichten“ nicht verwenden wollten, sondern wenn Sie sich die Ausschreibung angucken, werden sie mehr im Bereich der Unterstützung eingesetzt. Für Masterstudentinnen

und Masterstudenten haben wir eine Ausschreibung im Rahmen des Programms „Unterrichten statt ...“. Es hieß früher mal „Unterrichten statt Kellnern“, wer lange genug dabei war. Dann mussten wir das „Kellnern“ herausnehmen aus Gründen, die ich jetzt hier nicht ausführen will. Es ist aber nicht mehr notwendig, dass das über die Personalkostenbudgetierung läuft. Es nicht mehr notwendig, dass es über die Administration der Schulleitung läuft, sondern es kann gerne auf das Programm, auf die Ausschreibung bei uns zurückgegriffen werden, und wir zahlen dann sozusagen die eingestellte Person. Das wollte ich noch mal präzisieren.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke, Herr Blume! – Herr Duveneck, bitte sehr!

Thomas Duveneck (SenBJF): Vielleicht noch ein schneller Abschluss: Frau Brychcy, Sie haben recht! In der Lehrerbedarfsprognose im Hauptausschussbericht hierfür ist das auf die Schulen, also: Wie viele Lehrer benötigen wir? –, begrenzt. Aber in den Gesprächen, die wir zu den Hochschulverträgen mit der Wissenschaftsverwaltung führen, haben wir in den Zahlen, die die Hochschulen erbringen sollen an Absolvierenden, auch einen Anteil für die Schulen in freier Trägerschaft berücksichtigt. Das meinte ich nur. Zu der Zahl können wir erst mal nichts sagen. Das ist letztlich auch Aufgabe der Wissenschaftsverwaltung. Da gebietet es die Fairness, dass auch erst mal die Wissenschaftsverwaltung damit an die Universitäten herantritt, damit die es dann auch von ihnen erfahren. Dieser Prozess findet gerade statt, denn ab Juli beginnen die Hochschulvertragsverhandlungen durch die Wissenschaftsverwaltung.

Sie haben auch recht – da habe ich mich nicht exakt genug ausgedrückt –, was die Fragen eines Staatsvertrags auf der KMK-Ebene zu Lehramtsstudierenden und -absolvierenden betrifft. Es gibt einen Berichtsauftrag aus diesem Haus, und dieser Berichtsauftrag, den erfüllen wir natürlich. Der befindet sich bei uns gerade im Geschäftsgang, sodass wir darüber dann auch noch mal eine Positionierung hinbekommen im Rahmen der neuen Hausleitung.

Letzter Punkt: Frau Burkert-Eulitz und auch Herr Schurig haben es beide angesprochen, und Frau Henke hat auch schon kurz etwas dazu gesagt. Es ist ein leidiges Thema. Die tarifrechtlichen Dinge, nämlich dort, wo es Chancen gibt, auch einzelfallbezogen anders zu entscheiden, sind im Land Berlin derzeit einfach, das muss man sagen, durch die für die Tarifpolitik und das Tarifrecht zuständige Verwaltung – die war das in der letzten Legislaturperiode, sie ist es immer noch –, die SenFin, sehr restriktiv. Ich bin aber sicher, dass im Zuge – nicht nur bei Schule – des gesamten Fachkräftebedarfs hier eine Notwendigkeit entstehen wird, flexibler zu sein und viel mehr Möglichkeiten auch von Zulagen nach § 16 Absatz 5 TV-L zu nutzen, und dass wir da reinkommen werden. Das muss sein aus unserer Sicht. Ich würde fast sagen, einmal im Jahr schreiben wir SenFin, und das nicht nur jetzt, sondern auch schon in der Vergangenheit, hier ein bisschen flexibler zu sein und uns Möglichkeiten zu geben. Derzeit gibt es aber einheitliche Regularien für den gesamten Senat, an die wir uns zu halten haben. Deswegen handelt unsere Personalstelle auch so ein bisschen knickerig, wie man sicherlich sagen kann. Das muss sich auch aus unserer Sicht auflösen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank an den Senat! – Dann machen wir weiter mit Punkt 3 b der Tagesordnung. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde eine Abstimmung beantragt. Vor der Abstimmung noch ein kurzer Hinweis: Das in dem Antrag genannte Berichtsdatum „30. Juni 2023“ läuft bald ab. Möchte die antragstellende Fraktion Die Linke dieses gegebenenfalls ändern? – Frau Brychcy, bitte sehr!

Franziska Brychey (LINKE): Dann nehmen wir den 30. September 2023.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann nehmen wir den 30. September 2023 so auf. – Dann möchte ich über den Antrag abstimmen lassen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der SPD. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen AfD und Bündnis 90/Die Grünen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Forschung.

Hinsichtlich der Besprechungspunkte – Punkt 3 a, 3 c und 3 d der Tagesordnung – schlage ich entsprechend der Ausschusspraxis die Vertagung vor, bis das Wortprotokoll ausgewertet werden kann. Sind Sie damit einverstanden? – Das sehe ich durch Nicken. – Dann danke ich ganz herzlich im Namen des Ausschusses allen Anzuhörenden für ihre Teilnahme, für ihre Zeit und die ausführlichen Informationen, die wir durch sie erhalten haben. – Vielen herzlichen Dank! – [Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0171](#)
Schuljahr 2023/2024 – sichere Schulplatzversorgung für Berlin BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0154](#)
Fehlende Schulplätze in Berlin: Wie geht es weiter im Schuljahr 2023/2024? BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.